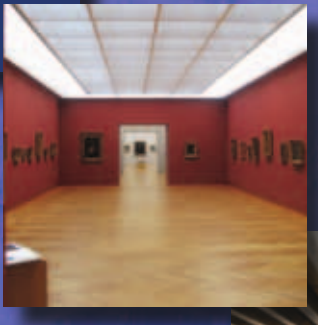
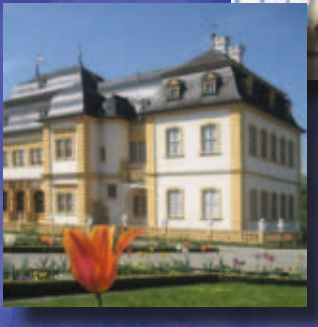
Jahresblick 2013





Regierung von Unterfranken

Inhaltsverzeichnis

Vorwort ... 1

PRÄSIDIUM

Bayerischer Ministerrat tagte in Würzburg ... 2
Helferempfang zu Ehren der unterfränkischen Flutkatastrophenhelfer ... 3
Erfolgreiche kommunale Allianzen ... 4
Seminar für slowakische Bürgermeister bei der Regierung von Unterfranken ... 5

SICHERHEIT, KOMMUNALES UND SOZIALES

Landtags- und Bezirkswahlen 2013 ... 6
Luftbeobachter-Einsatzübung „FEUERVOGEL 2013“ erfolgreich abgeschlossen ... 7
Die Feuerwehr in guten Händen ... 8
Verbesserung der Lebensqualität pflegebedürftiger Heimbewohner ... 9
Vier neue Gemeinschaftsunterkünfte in Unterfranken ... 10

WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND VERKEHR

Breitbandförderung in Unterfranken ... 11
Energiewende geht uns alle an ... 12
Planfeststellungsverfahren Würzburger Straßenbahn ... 14
Das neue Technikum III des Fraunhofer Instituts für Silicatforschung ISC in Würzburg ... 15

PLANUNG UND BAU

Brückenschlag am Hubland ... 16
DigiNet-Netzabschnitt 38 ... 17
Investitionen in den Straßen- und Brückenbau in Unterfranken ... 18
Ort schafft Mitte – Erfolge im Modellvorhaben Stadt Röttingen ... 19
Modellvorhaben WAL ... 20

SCHULEN

Integration durch Bildung ... 21
Initiative „Bildungsregion Bayern“ in Unterfranken ... 22
Drei neue berufliche Weiterbildungsangebote an unterfränkischen Fachschulen etabliert ... 24
Unterfränkische Mathemeisterschaft ... 25

UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Land der offenen Fernen ... 26
Hausarztversorgung im ländlichen Raum ... 28
Alarmplan Main ... 29
„Wasser erleben – Nachhaltigkeit lernen“ ... 30

GEWERBEAUFSICHTSAMT

Kompetenzzentrum Chemikalienhandel im Internet ... 31
Besuch aus Fernost ... 32
Sprengung der Sinntalbrücke ... 33
Psychische Belastungen in der Arbeitswelt nehmen zu ... 34
Qualität hat Priorität ... 35

ORGANISATIONSPLAN ... 36

IMPRESSUM ... 37

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich freue mich, Ihnen erneut einen Jahresblick mit vielen interessanten Themen präsentieren zu können. Das Jahr 2013 war zum einen durch die Bundestagswahlen sowie in Bayern durch die Landtags- und Bezirkswahlen geprägt (Seite 6). Zum andern sind uns noch die Hochwasserereignisse in Erinnerung, von denen im Mai und Juni vor allem Südbayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt betroffen waren. In Unterfranken hielten sich die Schäden zum Glück in Grenzen. Mein Dank gilt den vielen unterfränkischen, vor allem auch ehrenamtlichen Einsatz- und Hilfskräften, die große Solidarität in der überregionalen Katastrophenhilfe bewiesen haben. Damit hat sich wieder einmal gezeigt, wie immens hilfreich und wichtig ehrenamtliches Engagement im Katastrophenschutz ist. Die Bayerische Staatsregierung hat ihrem Dank durch den Fluthelferempfang am 12. August 2013 in Schweinfurt besonderen Ausdruck verliehen (Seite 3).

Die hohe Wertschätzung des Ehrenamtes in Bayern und besonders auch in Unterfranken zeigt sich unter anderem darin, dass der Volksentscheid zur Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl in Bayern mit überwältigenden 90,7% (Unterfranken sogar 91,5%) angenommen wurde. Ohne ehrenamtlichen Einsatz würde unsere Gesellschaft weit weniger gut funktionieren. Besonders möchte ich mich diesmal bei den vielen Bürgerinnen und Bürgern bedanken, die sich konkret vor Ort um die bei uns in Unterfranken untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge kümmern. Mit der neuen Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in Hammelburg stellen wir auf Seite 10 ein Beispiel für gelungene Kooperation vor.

Der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Unterfranken hat im Jahr 2013 erneut eine besondere Stärkung erfahren. Bis 2018 investiert der Freistaat Bayern zusätzliche 25 Mio. € zur Errichtung einer Max-Planck-Forschungsgruppe für Systemimmunologie an der Universität Würzburg, ein Einstieg in ein mögliches Max-Planck-Institut.

Der weitere Ausbau der Bildungseinrichtungen spielt in Unterfranken eine dominierende Rolle. Die Sicherung des Fachkräftebedarfs für unsere Betriebe muss dabei gemeinsames zentrales Anliegen sein. Über drei neue berufliche Weiterbildungsangebote an unterfränkischen Fachschulen berichten wir auf Seite 24.

Einen erfreulich guten Schritt vorangekommen ist Unterfranken in den vergangenen Jahren beim Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter 3 Jahren. Ich freue mich, dass es dank gemeinsamer großer Kraftanstrengung zwischen Trägern, Kommunen und Staat gelungen ist, die Quote an Kinderbetreuungsplätzen deutlich zu erhöhen. Nach Erhebungen des Statistischen Landesamts wies Unterfranken zum 1. März 2013 im Vergleich aller bayerischen Regierungsbezirke für alle U3-Kinder die beste Versorgungsquote auf und lag auch über dem Bundesdurchschnitt. Im Sommer 2013 betrug die Quote dann bereits über 35%. Insgesamt konnten seit Beginn des Förderprogramms zum Ausbau der Kinderbetreuung in Unterfranken bis Ende 2013 rund 7.000 Plätze U3 neu gefördert werden.

Der großen Bedeutung des Themas Energiewende tragen wir in diesem Heft mit einem ausführlichen Beitrag auf den Seiten 12 und 13 Rechnung. Gleichen Raum bekommt das Biosphärenreservat Rhön. Hier sind wir im letzten Jahr mit der Erweiterung und langfristigen Sicherung gemeinsam ein gutes Stück vorangekommen. Das zuständige Deutsche MAB (Man and Biosphere)-Nationalkomitee unterstützt den Erweiterungsantrag für den bayerischen Teil des Biosphärenreservats, so dass wir der angestrebten Erweiterung zuversichtlich entgegen sehen (Seiten 26 und 27).

Der vorliegende Jahresblick 2013, ein Werk vieler Autorinnen und Autoren, gewährt einen Einblick in das für Unterfranken wichtige und vielfältige Wirken der Behörde am Würzburger Peterplatz. Unser Einsatz gilt im Zusammenwirken mit den Verantwortlichen bei den unterfränkischen Kommunen, Institutionen, Kammern und Verbänden auch zukünftig dem Wohl der Menschen in Unterfranken. Ich hoffe, dass wir mit der Auswahl der Themen des Jahres 2013 auf Ihr Interesse stoßen. Für Rückfragen zu den einzelnen Themen stehen Ihnen meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter den angegebenen Kontaktdaten auch gerne persönlich zur Verfügung.

Dr. Paul Beinhofer
Regierungspräsident
von Unterfranken

Bayerischer Ministerrat tagte in Würzburg

Chancen und Perspektiven Unterfrankens standen im Mittelpunkt der Beratungen

Am 19.04.2013 tagte der Bayerische Ministerrat unter Leitung von Ministerpräsident Horst Seehofer in der Würzburger Residenz. Ministerpräsident Seehofer und die Mitglieder der Staatsregierung wurden von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer im Fürstensaal der Residenz herzlich begrüßt. Im Mittelpunkt der Beratungen, an denen auch Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer teilnahm, standen die aktuelle wirtschaftliche Lage in Unterfranken und die Zukunftschancen für die Menschen in der Region. Der Ministerpräsident äußerte sich insoweit wie folgt: „Ein robuster Branchenmix mit vielen Mittelständlern, eine starke Forschungslandschaft, gute Infrastruktur und lebenswerte Landschaft, hochqualitative Weine und viele kulturelle Glanzlichter machen Unterfranken zu einer Top-Region mit eigenständigem Profil. Mit Tatkraft, Fleiß und Zuversicht ist es den Menschen im Regierungsbezirk eindrucksvoll gelungen, Unterfranken zwischen den Metropolregionen Nürnberg und Frankfurt/Rhein-Main hervorragend zu positionieren und damit die Basis für wirtschaftlichen Erfolg, Wohlstand und beste Chancen für die Zukunft zu legen. Unterfranken zählt unter anderem mit der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, den Hochschulen in Aschaffenburg und Würzburg-Schweinfurt sowie den Fraunhofer-Einrichtungen in Würzburg und Alzenau zu den stärksten Forschungsregionen in Deutschland. Diese Forschungslandschaft im Verbund mit vielen Unternehmen, die es in ihrem Segment zu Weltmarktführern gebracht haben, sind Garanten für die hohe Innovationskraft Unterfrankens."

Fotos: Bayerische Staatskanzlei

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer begrüßte Ministerpräsident Horst Seehofer in Würzburg.

Bezogen auf die direkten Aufgaben und Zuständigkeiten der Regierung von Unterfranken wurde bei der Ministerratssitzung dann insbesondere folgendes beschlossen:

Die Gebührenabrechnungsstelle für Aussiedler und Asylbewerber (GASt) wird für ganz Bayern im Regierungsbezirk Unterfranken zentralisiert. Die GASt der Regierung von Unterfranken wird damit für ganz Bayern für die Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie für Aussiedler zuständig sein. Die sechs Gebührenabrechnungsstellen in den anderen Regierungsbezirken werden dann schrittweise nach Unterfranken verlagert. Die Stellenverlagerung wird sozialverträglich erfolgen.

Eine für die Zukunft der Regierung von Unterfranken wichtige Entscheidung, an deren Umsetzung am Standort in Mellrichstadt aktuell gearbeitet wird. Die neue Außenstelle soll vor allem den ländlichen Raum im Landkreis Rhön Grabfeld stärken.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer war mit dem Verlauf und den Ergebnissen der Ministerratssitzung mehr als zufrieden: „Alles in allem eine für Unterfranken erfolgreiche Ministerratssitzung", bei welcher thematisch und organisatorisch viel Positives für Unterfranken beschlossen wurde.

Lydia Neubert
Johannes Hardenacke

Der Bayerische Ministerrat tagte am 19.04.2013 in Würzburg.

Kontakt
Tel.: 0931/380-1109
E-Mail: pressestelle@reg-ufr.bayern.de

Helferempfang zu Ehren der unterfränkischen Flutkatastrophenhelfer

Verleihung des Abzeichens ‚Fluthelfer 2013' als Zeichen der Anerkennung

Am 12.08.2013 lud die Regierung von Unterfranken im Auftrag und im Namen der Bayerischen Staatsregierung zum Helferempfang für unterfränkische Helferinnen und Helfer der Flutkatastrophe 2013 nach Schweinfurt ein. Im Rahmen dieser Veranstaltung konnte zu Beginn Regierungsvizepräsident Dr. Andreas Metschke mehr als 900 Helferinnen und Helfer der Feuerwehren, des Technischen Hilfswerks, der Polizei, der Bundeswehr sowie der freiwilligen Hilfsorganisationen (BRK, Wasserwacht, DLRG, Malteser Hilfsdienst, Johanniter Unfallhilfe, Arbeiter-Samariter Bund) begrüßen. Jeder der Helfer bekam bereits beim Einlass das eigens für diesen Anlass von der Bayerischen Staatsregierung geschaffene Abzeichen ‚Fluthelfer 2013'.

Staatssekretär Gerhard Eck wandte sich in seiner Festansprache persönlich an die zahlreichen Helferinnen und Helfer der Flutkatastrophe 2013. Hierbei lobte er den selbstlosen Einsatz der Fluthelfer, die teilweise „rund um die Uhr und bis zur totalen Erschöpfung" gearbeitet haben. Die Helfer waren überall dort im Einsatz, wo „Not am Mann" war. Viele der Einsatzkräfte halfen daher auch außerhalb von Unterfranken: Passau, Deggendorf und Rosenheim und sogar der Salzlandkreis in Sachsen-Anhalt wurden mit unterfränkischen Helfern versorgt. Eck betonte,

Staatssekretär Gerhard Eck würdigte die Leistungen der unterfränkischen Helferinnen und Helfern während der letzten Flutkatastrophe im Juni 2013.

dass der Empfang eine Geste des Dankes an die vielen Einsatzkräfte sei, wobei er wörtlich ausführte: „Ganz Bayern ist dankbar für Ihr großartiges Beispiel gelebter Solidarität!" Dem schloss sich auch Landtagspräsidentin Barbara Stamm bei ihren Gesprächen mit den verschiedenen Helferinnen und Helfern an.

Während der Festveranstaltung verlieh der Staatssekretär das Helferabzeichen ‚Fluthelfer 2013' symbolisch an zwölf Mitglieder der beteiligten Einsatzkräfte und Hilfsorganisationen, die stellvertretend für alle unterfränkischen Helferinnen und Helfer der Flutkatastrophe von den jeweiligen Organisationen vorgeschlagen wurden und die Auszeichnung vom Staatssekretär

Dem Dank des Innenstaatssekretärs schlossen sich auch Landtagspräsidentin Barbara Stamm (2. v. links) und die frühere Europaabgeordnete und heutige Bundestagsabgeordnete Dr. Anja Weisgerber (2. von rechts) gerne an.

persönlich entgegennahmen. Jeder Einsatzhelfer erhielt außerdem eine personalisierte Dankurkunde. Beim anschließenden Stehempfang war für die Gäste ein warmes Buffet aufgebaut. Musikalisch umrahmt wurde der Empfang von der Musikgruppe „Wanderblech".

Bayernweit engagieren sich 470.000 Männer und Frauen in den Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk und anderen freiwilligen Hilfsorganisationen, 450.000 davon ehrenamtlich. In Unterfranken sind rund 38.500 Feuerwehrleute in den Freiwilligen Feuerwehren aktiv. Dazu kommen über 7.000 Helferinnen und Helfer der übrigen Hilfsorganisationen und rund 1.500 Einsatzkräfte des THW. Kein anderes Land der Bundesrepublik hat eine so aktive Bürgergesellschaft. Der Helferempfang in Unterfranken 2013 bot eine angemessene Möglichkeit, um einem Teil dieser ehrenamtlichen Helfer gebührend zu danken.

Mona Müller
Johannes Hardenacke

Kontakt

Tel.: 0931/380-1109
E-Mail: pressestelle@reg-ufr.bayern.de

Erfolgreiche kommunale Allianzen

– dem demografischen Wandel erfolgreich begegnen: Hofheimer Allianz

Durch die demographische Entwicklung und die fortschreitenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandlungsprozesse verändert sich unsere Gesellschaft spürbar – die Bevölkerung geht zurück und wird gleichzeitig älter. Vor allem der ländliche Raum in schrumpfenden Regionen, etwa der Nordosten Unterfrankens, rückt in diesem Zusammenhang ins Blickfeld. Hier ist es wichtig Initiative für eine zukunftsorientierte Entwicklung zu ergreifen, was durch Leerstände in den Ortskernen augenfällig wird.

Der Prozess des demographischen Wandels ist zwar nicht umkehrbar, die Folgen können jedoch gestaltet werden, sofern sich die Kommunen dieser Aufgabe aktiv stellen. Immer mehr Städte und Gemeinden erkennen, dass es sinnvoll und notwendig ist, über kommunale Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten und sich zu kommunalen Allianzen zusammenzuschließen. Dabei gilt es Kräfte zu bündeln und Synergien zu nutzen, wofür die Gemeinde-Allianz „Hofheimer Land“ im Landkreis Haßberge ein Paradebeispiel ist.

Bereits im Juli 2007 haben sich die sieben Kommunen Hofheim i.Ufr., Aidhausen, Bundorf, Burgpreppach, Ermershausen Maroldsweisach und Riedbach mit insgesamt 16.423 Einwohnern in 52 Stadt- bzw. Ortsteilen zur interkommunalen Allianz „Hofheimer Land“ zusammengeschlossen. Ziel war es, sich im interkommunalen Dialog dem demographischen Wandlungsprozess (-15% Bevölkerung bis 2028 prognostiziert) zu stellen und dabei die Bürgerinnen und Bürger intensiv einzubeziehen.

Zunächst erarbeiteten die beteiligten Kommunen ein Gebäude- und Flächenmanagement, wofür sie den Bestand von Innenentwicklungspotentialen erfassten. Dabei berücksichtigten sie vor allem Leerstände und Baulücken. Auf dieser Basis und in dem Bewusstsein, dass in der Schrumpfungsregion jeder Siedlungsneubau einen Leerstand im Altort bedingt, nahmen die Gemeinden am Ortsrand ausgewiesene Bauplätze konsequent zurück. Zudem schafften sie ein eigenes Allianz-Förderprogramm für Bauvorhaben im Altortbereich.

Besuch des Ministerpräsidenten Horst Seehofer am 18.4.2013 in Hofheim i.Ufr. Foto: Michael Mößlein, Mediengruppe Main-Post

Dank dieser Vorarbeiten wurde die Allianz im Jahr 2010 in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ aufgenommen. Die Allianz erarbeitete ein „Integriertes Interkommunales Entwicklungskonzept“ mit vertiefter städtebaulicher Untersuchung zur Sicherung der Daseinsvorsorge und definierte gemeinsam mit dem Amt für Ländliche Entwicklung weitere Handlungsfelder. Sie erarbeitete ein gemeinsames Leitbild und entwickelte ein markantes Logo. Als Schwerpunktthema wurde die Innenentwicklung zur Stärkung der Ortsmitten herausgearbeitet, um Leerstände zu beseitigen bzw. zukünftig zu vermeiden, Infrastrukturfolgekosten niedrig zu halten und den Bürgerinnen und Bürgern die Daseinsvorsorge ortsnah zu sichern.

Das ehemalige Rentamt „Marktplatz 1“ in der Stadt Hofheim i.Ufr. wurde zu einem interkommunalen Bürgerzentrum umgebaut und dient den Bürgerinnen und Bürger der Allianzkommunen als zentrale Anlaufstelle für verschiedene Service- und Dienstleistungsangebote. Auch der Allianzmanager, dessen Aufgabenfeld von der Koordination ehrenamtlicher und nachbarschaftlicher Dienstleistungen bis hin zur Begleitung und Umsetzung weiterer Allianzprojekte reicht, hat hier seinen Sitz. In der angrenzenden Remise fand zudem die Dauerausstellung „Bauen im Bestand“ ihren Platz. Das Projekt konnte über die Städtebauförderung mit 828.000 € bezuschusst werden.

Von dem Engagement und Erfolgen der interkommunalen Allianz „Hofheimer Land“ konnte sich Ministerpräsident Horst Seehofer bei seinem Besuch am 18.April 2013 in der Stadt Hofheim i.Ufr. vor Ort überzeugen.

Kontakt
Tel.: 0931/380-1440
E-Mail: bauen@reg-ufr.bayern.de
Manfred Grüner

Interkommunales Bürgerzentrum der Allianz Hofheimer Land

Foto: Gemeinde-Allianz Hofheimer Land

Seminar für slowakische Bürgermeister bei der Regierung von Unterfranken

Elf slowakische Oberbürgermeister(innen) und Bürgermeister(innen) und Vorsteher von Bezirksämtern sowie zwei Vertreterinnen des Innenministeriums der Slowakischen Republik nahmen vom 15. bis 18. Juli 2013 an einem Seminar zum Thema „Die Organisation und der Aufbau öffentlicher Verwaltung in Bayern“ teil.

In dem vom Bayerischen Innenministerium veranstalteten Seminar wurden Themen wie Verwaltungsaufbau und Verwaltungsmodernisierung behandelt. Daneben standen Exkursionen auf dem Programm. Die vollständige Organisation der umfangreichen Programmpunkte vor Ort einschließlich der Unterbringung hatte die Stabsstelle „Projektmanagement“ der Regierung von Unterfranken, in der Person von Marlene Schauer, unternommen, die die Besuchergruppe auch während der Tage ihres Aufenthaltes begleitete. Die Begrüßung der Gäste in der Regierung von Unterfranken zum Auftakt des fachlichen

Begrüßung beim abendlichen Empfang in Veitshöchheim gemeinsam mit Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer (Bildmitte) und 2. Bürgermeister Oswald Bamberger (8. von links), sowie Ministerialrat Bernd Zischler (Bayerisches Innenministerium, 4. von links).

Teils hatte Regierungsvizepräsident Dr. Andreas Metschke übernommen.

Bei der Regierung von Unterfranken selbst wurden die Gäste unter anderem über den Verwaltungsaufbau in Bayern, die Grundzüge des bayerischen Kommunalrechts, über Beispiele der interkommunalen Zusammenarbeit, über den Katastrophenschutz und den Hochwasserrisikomanagementplan Main sowie den Hochwassernachrichtendienst informiert. Daneben standen Informationen bei der Stadt Würzburg zum Thema „IT-Einsatz im Rahmen des Bürgerservices“ und in Binsfeld (Stadt Arnstein) das Thema „Aktive Kommunen im ländlichen Raum: eigene Energieversorgung und Mehrgenerationenhaus“ auf dem Programm. Ein Besuch der Marktgemeinde Randersacker mit Besichtigung des Umgehungsgerinnes Randersacker rundete das vielfältige Informationsprogramm ab.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer freute sich, die slowakischen Kommunalvertreter bereits am ersten Abend ihrer Ankunft in seiner Heimatgemeinde Veitshöchheim zusammen mit 2. Bürgermeister Oswald Bamberger persönlich begrüßen und die Vorzüge Unterfrankens in Deutschlands und Europas Mitte entsprechend dem Dreiklang Wein – Welterbe – Wirtschaftsraum darstellen zu können.

Die Gäste zeigten sich tief beeindruckt vom umfangreichen Leistungsspektrum einer bayerischen Bezirksregierung. Die große Gastfreundschaft und das besondere Engagement der beteiligten Kolleginnen und Kollegen tragen dazu bei, dass die Besucher aus Slowakei die Verwaltung in Unterfranken in guter Erinnerung behalten werden.

Johannes Hardenacke

Regierungsvizepräsident Dr. Andreas Metschke hieß die Besuchergruppe in der Regierung von Unterfranken herzlich willkommen.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1109
E-Mail: pressestelle@reg-ufr.bayern.de

Landtags- und Bezirkswahlen 2013

Unter Vorsitz des Regierungspräsidenten Dr. Paul Beinhofer stellte der Wahlkreisausschuss für die Bezirkswahl 2013 bei seiner Tagung am 27.09.2013 das endgültige Ergebnis sowie die Sitzverteilung auf die einzelnen Parteien im Wahlkreis Unterfranken fest. Bestätigt wurde dieses Votum durch die persönliche Unterschrift der Mitglieder.

Einen entsprechenden Abschluss fand die Landtagswahl mit einer Sitzung des Landeswahlausschusses unter Vorsitz des Landeswahlleiters am 1. Oktober 2013 in München.

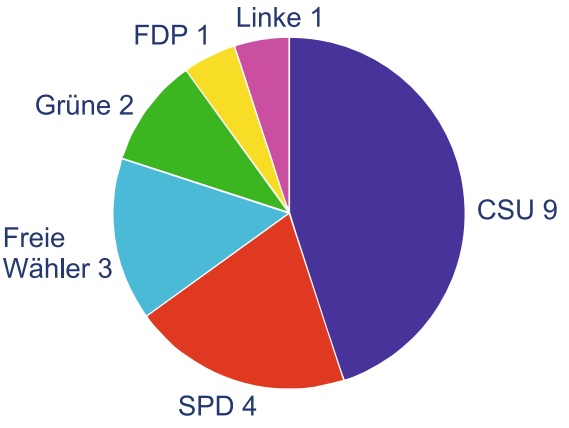
Bevor die Schlusspunkte der beiden Wahlen gesetzt werden konnten, war allerdings eine sehr umfangreiche Vorarbeit im Sachgebiet „Personelles Statusrecht, Ausländerecht“ notwendig.

Nach der Aufstellung der Wahlkreiskandidaten durch die teilnehmenden Parteien reichten diese ihre Wahlvorschläge beim Wahlkreisleiter, dem jeweiligen Regierungspräsidenten bzw. der Regierungspräsidentin, ein. Im Gegensatz zur Bundestagswahl, die vorwiegend auf der Ebene der Landratsämter und kreisfreien Städte organisiert wird, fallen alle sachleitenden Arbeiten zur Landtags- und Bezirkswahl in die Zuständigkeit der Regierungen.

Nach Eingang prüfte das zuständige Sachgebiet namentlich die Vollständigkeit der Wahlvorschläge, die Frage der Einhaltung des gesetzlichen Verfahrens zur Aufstellung der Bewerber, die Bestätigung der Wählbarkeit und ihre Zustimmung, sich zur Wahl zu stellen. Kleinere Parteien benötigten entweder den Nachweis eines bestimmten Quorums von 1,25% der Stimmen bei der letzten Wahl oder mindestens 1.027 Unterstützungsunterschriften für die Landtagswahl und 1.024 für die Bezirkswahl auf eigens vorgegebenen Formblättern. In dieser Phase fanden zahlreiche Einzelgespräche mit den Parteien statt. Als besonders klärungsbedürftig erwiesen sich die Berufsbezeichnungen

Der Wahlkreisausschuss für den Wahlkreis Unterfranken. V.l.n.r.: hinten: Georg Brückner, Cornelia Lückemann, Helmut Suntheim, Barbara Pfeuffer, Otmar Hübsch, vorne: Schriftführer Erhard Leimeister, Wahlkreisleiter Dr. Paul Beinhofer, stellv. Wahlkreisleiter Josef Scheithauer.

Sitzverteilung Bezirkstag Unterfranken 2013 - 2018



mancher Kandidaten. So hatte z.B. die Benennung eines Hofmeisters nichts mit der Tätigkeit bei einer Reitschule zu tun; sie meinte vielmehr den Leiter des Betriebshofes einer Spedition. Die Zulassung der Parteivorschläge erfolgte sodann in einer ersten Sitzung des Wahlkreisausschusses am 19. Juli 2013.

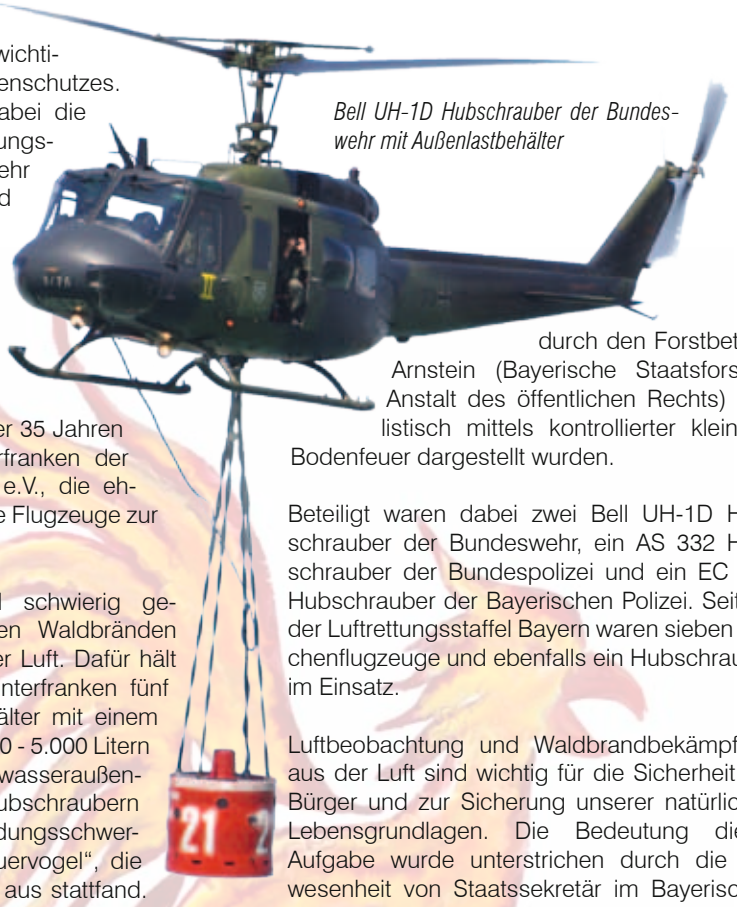
Nach der umfänglichen Auswertung war dann der Druck der Stimmzettel zu besorgen. Angesichts einer Menge von 4.354.800 Exemplaren für die 10 Stimmkreise in Unterfranken gelang das nur in enger Kooperation mit der nach den Vorgaben der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) beauftragten Druckerei. Insbesondere hing das Format und die Gestaltung der Stimmzettel von der Anzahl der durch die erste Sitzung des Wahlkreisausschusses zugelassenen Parteien und deren jeweiligen Bewerbern ab. Auch hier steckten die Probleme oft im Detail und es bedurfte zahlreicher Einzelabstimmungen bis die Stimmzettel schließlich an die Städte und Gemeinden für deren Wahllokake ausgeliefert werden konnten.

Am Wahltag, dem 15. September 2013, war das zuständige Sachgebiet für eventuelle Rückfragen der Landratsämter und kreisfreien Städte im Hause verfügbar. Nach der Wahl gingen die Meldungen der Auszählungen per Schnellmeldungen an den Landeswahlleiter bzw. zur Bezirkswahl an die Regierung. Die Regierung hatte für die Zusammensetzung des neuen Bezirkstags die Sitzverteilung und die Listenplätze zu ermitteln (siehe obiges Diagramm) sowie die gewählten Personen zur Wahlannahme zu hören, ehe das Verfahren mit der eingangs genannten Sitzung des Wahlkreisausschusses und der Bekanntmachung im Staatsanzeiger beendet wurde.

Josef Scheithauer

Kontakt
Tel.: 0931/380-1524
E-Mail: wahlen@reg-ufr.bayern.de

Luftbeobachter-Einsatzübung „FEUERVOGEL 2013“ erfolgreich abgeschlossen



Bell UH-1D Hubschrauber der Bundeswehr mit Außenlastbehälter

Luftbeobachtung ist ein wichtiger Pfeiler des Katastrophenschutzes. Zentrale Elemente sind dabei die Anordnung von Beobachtungsflügen bei hoher und sehr hoher Waldbrandgefahr und die jährliche praktische und theoretische Fortbildung der über 50 staatlichen Luftbeobachter in Unterfranken. Bewährter Partner der Regierung von Unterfranken bei Einsätzen und Ausbildung ist seit über 35 Jahren die Flugbereitschaft Unterfranken der Luftrettungsstaffel Bayern e.V., die ehrenamtliche Piloten und ihre Flugzeuge zur Verfügung stellt.

Besonders komplex und schwierig gestaltet sich bei entdeckten Waldbränden deren Bekämpfung aus der Luft. Dafür hält der Freistaat Bayern in Unterfranken fünf Löschwasseraußenlastbehälter mit einem Fassungsvermögen von 900 - 5.000 Litern vor. Der Einsatz von Löschwasseraußenlastbehältern mittels Hubschraubern war der letztjährige Ausbildungsschwerpunkt bei der Übung „Feuervogel“, die vom Flugplatz Giebelstadt aus stattfand. Wesentlich dabei war auch die Zusammenarbeit der Hubschrauberbesatzungen mit den Luftbeobachtern in deren Flächenflugzeugen. Der Übung lagen Waldbrände im Reupelsdorfer Forst (Landkreis Kitzingen) zugrunde, die durch den Forstbetrieb Arnstein (Bayerische Staatsforsten, Anstalt des öffentlichen Rechts) realistisch mittels kontrollierter kleinerer Bodenfeuer dargestellt wurden.

Beteiligt waren dabei zwei Bell UH-1D Hubschrauber der Bundeswehr, ein AS 332 Hubschrauber der Bundespolizei und ein EC 135 Hubschrauber der Bayerischen Polizei. Seitens der Luftrettungsstaffel Bayern waren sieben Flächenflugzeuge und ebenfalls ein Hubschrauber im Einsatz.

Luftbeobachtung und Waldbrandbekämpfung aus der Luft sind wichtig für die Sicherheit der Bürger und zur Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Die Bedeutung dieser Aufgabe wurde unterstrichen durch die Anwesenheit von Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr Gerhard Eck, der die Schirmherrschaft über die Einsatzübung übernommen hatte und die Übung auch eröffnete.

Am Ende eines langen und – auch logistisch – sehr aufwendigen Ausbildungstages konnte die Übungsleitung der Regierung und der Luftrettungsstaffel ein positives Resümee ziehen: Die Luftbeobachter in Unterfranken sind gut ausgebildet, der Einsatzabschnitt der Waldbrandbekämpfung aus der Luft mit einer eigenen Abschnittsleitung, eigenem Funkkanal, eigenem „Leiter Flugbetrieb“ sowie die Einbindung der örtlichen Forstverwaltung funktionierten hervorragend. Sehr zufrieden mit der Übung zeigten sich auch der Präsident der Luftrettungsstaffel Bayern e.V., Karl Herrmann sen. sowie der Leiter der Flugbereitschaft Unterfranken, Bernd Große.

Die beiden bei der Feuerwehr Aschaffenburg stationierten Löschwasseraußenlastbehälter erläuterte Wolfgang Raps (links): dem Leiter des Sachgebiets „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ bei der Regierung von Unterfranken Michael Bauch, Staatssekretär Gerhard Eck, Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, 1. Bürgermeister des Marktes Giebelstadt Helmut Krämer und General Ernst-Otto Berk von der Division Luftbewegliche Operationen (v.l.n.r.).

Wolfgang Raps

Kontakt

Tel.: 0931/380-1715
E-Mail: katastrophenschutz@reg-ufr.bayern.de

Die Feuerwehr in guten Händen

Unterfränkische Feuerwehren durch die Regierung von Unterfranken gut betreut

Das neue Feuerwehrgerätehaus in Haibach (Lkr. Aschaffenburg) mit acht Stellplätzen

Die Regierung von Unterfranken hat in den Jahren 2010 bis 2013 Zuwendungen in Höhe von über 22 Mio. € für die Förderung des kommunalen Feuerwehrwesens an die Gemeinden und Landkreise im Regierungsbezirk bewilligt und ausgezahlt. Die für die Förderung des Brandschutzes und des Technischen Hilfsdienstes erforderlichen Mittel stammen aus der Feuerschutzsteuer und werden vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr bereitgestellt.

Gefördert werden die Errichtung von Feuerwehrgerätehäusern und Feuerwachen, der Bau besonderer Einrichtungen wie z. B. Atemschutzwerkstätten und -übungsanlagen sowie die Neu- und Ersatzbeschaffung von notwendigen Feuerwehrfahrzeugen und -geräten. Daneben werden auch Zuwendungen im Rahmen von zeitlich begrenzten Sonderförderprogrammen gewährt, wie derzeit zum Beispiel für die Erstbeschaffung von Wärmebildkameras und die Ersatzbeschaffung von technischen Hilfeleistungssätzen und von Gerätewagen-Gefahrgut. Von der Regierung von Unterfranken werden aktuell 34 Baumaßnahmen, 172 Feuerwehrfahrzeuge und -geräte sowie rd. 50 Maßnahmen in den genannten Sonderförderprogrammen gefördert.

Die fachliche Beratung und die fachtechnische Prüfung der vorstehenden Fördermaßnahmen erfolgt durch zwei Fachberater für Brand- und Katastrophenschutz, die mit der Ausbildung zum gehobenen feuerwehr-technischen Dienst hauptberuflich bei der Regierung tätig sind. Darüber hinaus leisten sie fachliche Unterstützung in allen Fragen des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes für die ehrenamtlich tätigen Kreisbrandräte und die Freiwilligen Feuerwehren.

Ein hohes Maß an feuerwehrfachlichem Know-how und förderrechtlicher Kompetenz machen die Regierung von Unterfranken zu einem verlässlichen Partner der Gemeinden und Landkreise für die Belange der unterfränkischen Feuerwehren.

Dr. Adelheid Hüttlinger

Ein neues Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeug HLF 20 für die Freiwillige Feuerwehr Waldbrunn (Lkr. Würzburg)

Fotos: Freiwillige Feuerwehr Waldbrunn

Einblick in die umfangreiche Beladung des Fahrzeuges

Kontakt

Tel.: 0931/380-1139
E-Mail: sicherheit.kommunales@reg-ufr.bayern.de

Verbesserung der Lebensqualität pflegebedürftiger Heimbewohner

Als Aufsichtsbehörde über die Kreisverwaltungsbehörden, zu deren Aufgaben unter anderem die Überwachung der stationären Alten- und Pflegeheime gehört, ist der Regierung von Unterfranken sehr an der Schulung und Fortbildung der dort für den Vollzug dieser Aufgabe zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie gleichzeitig auch der in den Einrichtungen der stationären Altenhilfe beschäftigten Pflege- und Leitungskräfte gelegen.

Schmerzen beeinträchtigen jeden Menschen in seiner Lebensqualität. Wer Schmerzen hat, sucht nach Linderung und möchte Hilfe. Schmerzen lassen sich aber nicht so einfach messen wie der Blutdruck oder das Fieber.

Referentin der Fachtagung: Dr. Marianne Koch, Ärztin und Ehrenpräsidentin der Deutschen Schmerzliga e.V.
Fotos: Dr. Michael Deubert, Landratsamt Main-Spessart

Problematisch wird es vor allem dann, wenn der Mensch, der an Schmerzen leidet, dement ist oder aufgrund kognitiver Einbußen nur noch sehr eingeschränkt oder gar nicht imstande ist, seine Schmerzen verständlich zu kommunizieren. Häufig werden Schmerzäußerungen dann nicht als solche wahrgenommen und Hilfe bleibt aus oder wird nur unzureichend gewährt. Deswegen ist es besonders wichtig, dass das Pflegepersonal in der Lage ist, Schmerzen bei diesen Bewohnerinnen und Bewohnern zu erkennen und zu erfassen sowie adäquat darauf zu reagieren. Wichtig ist es auch, gut wirkende Möglichkeiten zur Linderung von Schmerzen zu kennen und diese einzusetzen. Auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Heimaufsichtsbehörden ist dieses Wissen unverzichtbar, um beurteilen zu können, ob eine Einrichtung mit den Schmerzen der Bewohner fachgerecht umgehen kann.

Unter dem Titel „Schmerz lass nach!“ veranstaltete die Regierung von Unterfranken gemeinsam mit dem Klinikum Main-Spessart mit seiner Senioreneinrichtung Marktheidenfeld und der Berufsfachschule für Altenpflege eine Fachtagung, die es sich zum Ziel gesetzt hatte,

Referentin Petra Mayer

notwendiges Wissen zu vermitteln, um Schmerzen bei Demenzkranken sicher zu erkennen und geeignete Therapiemaßnahmen ergreifen zu können. Weitergehende Informationen zu dem Thema finden Sie auf den Internetseiten der Regierung von Unterfranken im Bereich „Aufgaben“ unter „Soziales“.

Reinhold Kuhn

Kontakt
Tel.: 0931/380-1063
E-Mail: soziales@reg-ufr.bayern.de

Vier neue Gemeinschaftsunterkünfte in Unterfranken

Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland ist so hoch wie zuletzt Mitte der 90er Jahre. Im Jahr 2013 kamen 110.000 Asylbewerber nach Deutschland, das sind fast sechs Mal so viele wie 2007. Der Regierungsbezirk Unterfranken hat 1.831 neue Asylbewerber aufgenommen, fast zweimal so viele wie 2012.

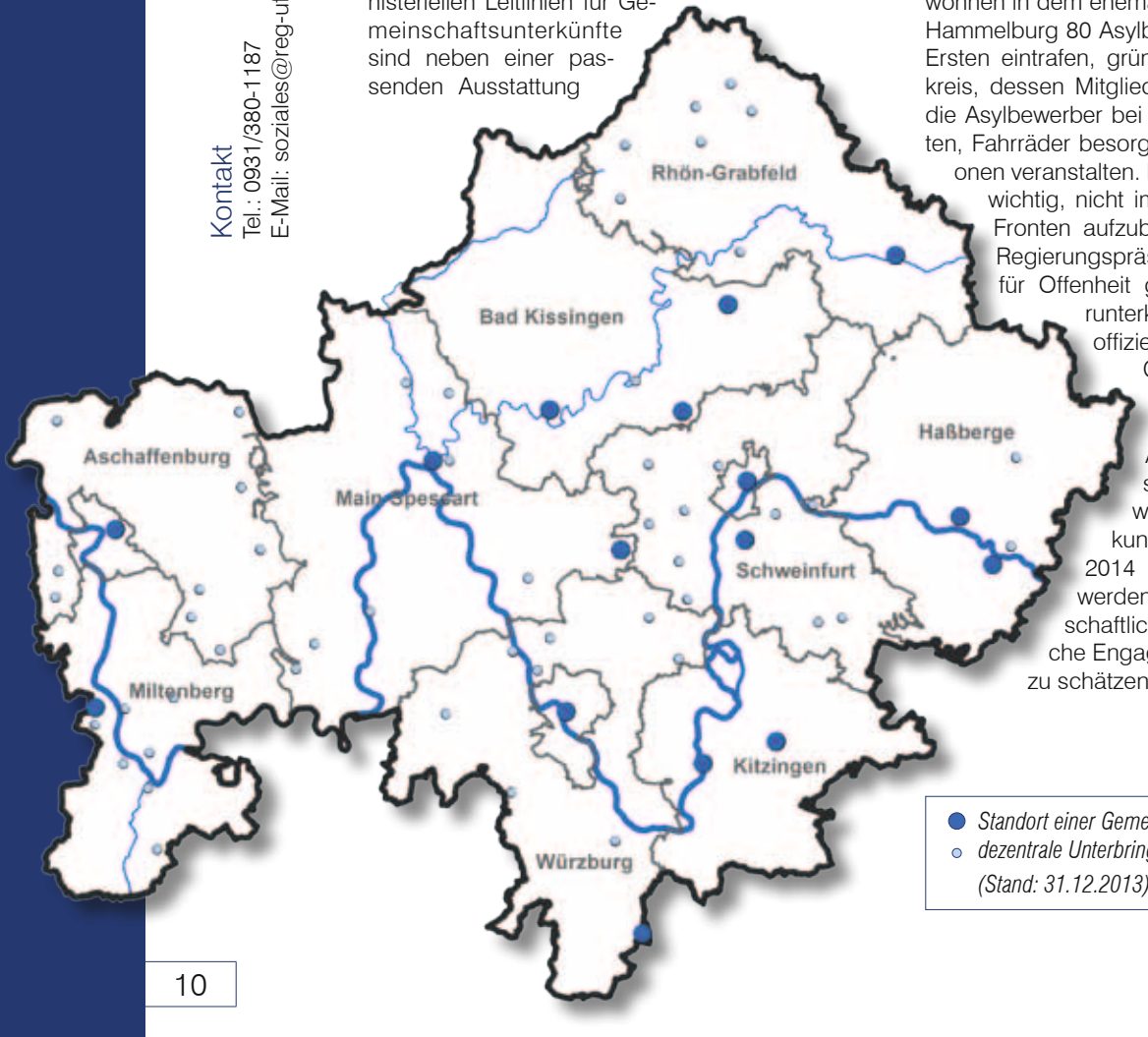
Seit drei Jahren ist die Regierung von Unterfranken verstärkt auf der Suche nach neuen Asylbewerberunterkünften. Waren Ende 2010 fast 1.300 Menschen in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, so waren es Ende 2013 schon 1.750 und zusätzlich 950 in sogenannten dezentralen Unterkünften der Landratsämter. Die Platzzahl hat sich innerhalb von drei Jahren mehr als verdoppelt. Die Regierung von Unterfranken hat daher zur Erfüllung der staatlichen Unterbringungsaufgabe auf die Unterstützung durch die Landratsämter gesetzt. Die prognostizierten Zugänge lassen erwarten, dass in den kommenden Jahren die Sorge für Asylsuchende eine drängende und dringende Aufgabe bleiben wird.

Allein im Jahr 2013 hat die Regierung von Unterfranken vier neue Gemeinschaftsunterkünfte in Wörth a. Main, Hammelburg, Oerlenbach und Miltenberg eingerichtet. Entsprechend den ministeriellen Leitlinien für Gemeinschaftsunterkünfte sind neben einer passenden Ausstattung mit Sanitäreinrichtungen, Küchen und Wohnräumen auch Gemeinschaftsräume und eine gute Anbindung an die Gemeinde gefordert. Neben diesen besonderen Anforderungen an die Unterbringung haben sich die Verhältnisse für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in den vergangenen Jahren deutlich weiterentwickelt. So erhalten sie seit 2012 auf Grund eines Bundesverfassungsgerichtsurteils Leistungen in vergleichbarer Höhe wie sogenannte Hartz IV-Empfänger. Das sind monatlich aktuell ca. 140 € für einen alleinreisenden Bewohner einer Gemeinschaftsunterkunft. Im Jahr 2014 wird in den Gemeinschaftsunterkünften erstmals keine Versorgung mit Nahrungsmitteln mehr erfolgen. Stattdessen erhalten die Leistungsempfänger Geld, um sich ihre Lebensmittel selbst zu kaufen. Für eine Einzelperson bedeutet dies weitere 140 €, über die sie frei verfügen kann.

Vor diesem Hintergrund ist die Betreuung durch die Verwaltung, Verbände und Ehrenamtliche ganz besonders wichtig. Die jüngst neu eröffneten Gemeinschaftsunterkünfte sind beste Beispiele dafür. Helfer- und Freundeskreise bilden und organisieren sich im Vorfeld. Der Freundeskreis für Flüchtlinge in Hammelburg wurde bei der Ehrenamtsaktion der Main-Post „Zeichen setzen“ mit dem 1. Preis ausgezeichnet. Seit Mai wohnen in dem ehemaligen Schwesternheim in Hammelburg 80 Asylbewerber. Noch bevor die Ersten eintrafen, gründete sich ein Freundeskreis, dessen Mitglieder Deutsch unterrichten, die Asylbewerber bei Behördengängen begleiten, Fahrräder besorgen oder Kennenlern-Aktionen veranstalten. Mit seiner Aussage „es ist wichtig, nicht im Vorfeld Ablehnung und Fronten aufzubauen“ warb daher auch Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer für Offenheit gegenüber Asylbewerberunterkünften anlässlich der offiziellen Inbetriebnahme der Gemeinschaftsunterkunft in Hammelburg.

Auch andernorts bewährt sich diese Herangehensweise. Bei 1.500 Unterkunftsplätzen, die alleine 2014 zusätzlich geschaffen werden müssen, ist das bürgerschaftliche und zivilgesellschaftliche Engagement nicht hoch genug zu schätzen.

Kontakt
Tel.: 0931/380-1187
E-Mail: soziales@reg-ufr.bayern.de



Standort einer Gemeinschaftsunterkunft
dezentrale Unterbringung
(Stand: 31.12.2013)

Thomas Weingart

Breitbandförderung in Unterfranken

Vielversprechender Beginn des Hochgeschwindigkeitsförderprogramms

Die Regierung von Unterfranken hat die beiden ersten Zuwendungsbescheide Bayerns im Rahmen des Hochgeschwindigkeitsförderprogramms erlassen – ein Meilenstein auf dem Weg zum schnellen Internet: Iphofen und Willanzheim können damit den Ausbau von hochleistungsfähigen Breitbandnetzen realisieren, wofür den beiden unterfränkischen Kommunen zusammen insgesamt ca. 565.500 € an Fördermitteln zur Verfügung stehen.

Das neue Förderprogramm trat am 1. Dezember 2012 in Kraft und läuft bis Ende des Jahres 2017. Die Zuständigkeit für den Breitbandausbau wurde Ende 2013 vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie an das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat verlagert. In diesem Zuge wurden für das Förderprogramm, das bereits in seiner ursprünglichen Fassung bundesweit seinesgleichen sucht, noch weitere Verbesserungen angekündigt. Erleichterungen im Förderverfahren, verbesserte Förderkonditionen besonders für Kommunen mit vielen abgelegenen Ortsteilen sowie Fördersätze zwischen 60 und 90% bei einer maximalen Fördersumme von bis zu 1 Mio. € werden die Kommunen ermuntern, diese Herausforderung anzunehmen.

Ziel muss es in Unterfranken sein, bis zum Jahr 2018 eine Breitbandversorgung mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von 50 Megabit zu erreichen. In den jeweiligen Ausbaugebieten müssen flächendeckend im Download mindestens 30 Megabit pro Sekunde sichergestellt werden. Dadurch wird zum einen die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Unternehmen gestärkt, zum andern profitieren alle Bürger im Ausbaugebiet von einem leistungsfähigeren Netz.

Die zunehmende Digitalisierung führt zu einer stetig steigenden Nachfrage nach immer schnelleren Übertragungsraten, während gleichzeitig die Datendurchsätze exponentiell zunehmen. Hohe Internetbandbreiten sind ein unverzichtbarer Wettbewerbsfaktor und der Grundstein für eine florierende Wirtschaft. Insbesondere in ländlichen Regionen wäre aber ohne staatliche Anreize kein eigenwirtschaftlicher Ausbau zu erwarten. „Wünschenswert ist ein Ausbau der Datennetze, wie er das nächste Jahrzehnt benötigt wird. Wir alle und die Kommunen sind gefordert, das zurzeit Mögliche zügig umzusetzen“, so Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer.

Unterfranken nahm 2013 die Herausforderung des digitalen Zeitalters erneut gut an. Zum Jahresende befanden sich bereits 82 unterfränkische Gemeinden im Förderverfahren. Ein äußerst erfreulicher Effekt ist hierbei, dass einige Gemeinden aufgrund des Wettbewerbs unter den Providern bereits die Zusage für eine kostenlose Aufrüstung des Breitbandnetzes in Ihrer Kommune erhielten.

Nadine Kosigk

Kontakt

Tel.: 0931/380-1229
E-Mail: wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de

Foto: Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Bürgermeisterin Ingrid Reifenscheid-Eckert (Willanzheim), Staatsminister Dr. Markus Söder und Bürgermeister Josef Mend (Iphofen) vor dem Rathaus in Iphofen bei der Übergabe der beiden ersten Förderbescheide in der zweiten Förderperiode.

Energiewende geht uns alle an

Gemeinsam für die Energie von morgen

Mit dem Energiekonzept „Bayern Innovativ“ hat die Bayerische Staatsregierung bereits am 24. Mai 2011 beschlossen, tiefgreifende Veränderungen der Energielandschaft anzugehen. Insoweit geht es in Verantwortung für Bayern um weitaus mehr als „nur“ den Ausstieg aus der Kernkraft. Der jüngste Teilbericht des Weltklimarats IPCC bestätigt vielmehr eindeutig die gegenwärtige Klimaänderung sowie die Tatsache, dass diese auf menschlichen Einflüssen beruht. Hauptursache dafür ist das Freisetzen von Gasen, hauptsächlich Kohlendioxid, die den Treibhauseffekt der Atmosphäre verstärken. Wenn wir fossile Energieträger, also Kohle, Öl oder Gas verbrennen, dann gelangt innerhalb von erdgeschichtlich kurzer Zeit viel CO_2 in die Atmosphäre, was zur globalen Erderwärmung führt. Infolgedessen müssen wir auch in Unterfranken mit Klimaveränderungen rechnen.

Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung sowie die Bürgerinnen und Bürger arbeiten daher bei der Energiewende in Vorsorge zusammen, denn eines ist klar: Nur durch gemeinsame Anstrengungen können wir es schaffen, das energiepolitische Zieldreieck „sicher, bezahlbar, umweltverträglich“ zu erreichen.

Windräder, Photovoltaik- und Biogasanlagen zeugen schon heute davon, dass die Energiewende auf dem Land stattfindet. In Unterfranken waren zum Stand Februar 2014 bereits 152 Windkraftanlagen in Betrieb, 57 weitere Anlagen waren genehmigt. Bezogen auf Mai 2013 waren dies 17 errichtete Anlagen und 16 genehmigte Anlagen mehr. Der Zuwachs bei der Freiflächen-Photovoltaik hat in Unterfranken nach dem Boom in den Jahren 2009 und 2010 allerdings ganz erheblich nachgelassen, was auf die einschlägigen Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz zurückzuführen ist. Aus dem gleichen Grund setzte man bei den Biogasanlagen 2013 kaum auf Neubau, sondern auf Effizienzsteigerung bestehender Anlagen. Aktuell konzentriert man sich darauf, die Biogasanlagen flexibler zu machen, um starken Stromschwankungen im Netz begegnen zu können.

Die Dezentralisierung der Stromversorgung bietet die Chance, dass Wertschöpfung in der Fläche erhalten bleibt – ein Ausbau der Netzinfrastruktur zum Transport von Strom und Wärme ist dafür allerdings unabdingbar. Die große gesellschaftliche Aufgabe Energiewende ist am besten im energetischen Dreisprung zu bewältigen: Energie sparen, effizienter werden und die erneuerbaren Energiequellen ausbauen – darauf kommt es an.

Den Kommunen wird eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Energiewende zuteil. Sie wirken als Vorbilder, wenn es um Energiesparen geht, beispielsweise wenn sie öffentliche Gebäude energetisch sanieren und dabei ihre Bürger über die durchgeführten Arbeiten und deren Einsparergebnisse informieren. Maßnahmen dazu wollen jedoch wohlüberlegt sein. Um die Gemeinden darin zu begleiten, bietet die Regierung von Unterfranken zusammen mit weiteren Stellen des Freistaats Bayern Unterstützung an:

Stichwort: Energiemanagement

Bei einer Auftaktveranstaltung ging es am 19. März 2013 um das Energiemanagement in kommunalen Liegenschaften, die sich großen Zuspruchs erfreute. Im nächsten Schritt können nun die Gemeinden bei der Regierung von Unterfranken Förderungen beantragen, beispielsweise um die Realisierbarkeit von Anlagen zur nachhaltigen Stromerzeugung vorab zu untersuchen.

Stichwort: Energiecoach

Nachdem bereits 2012 auf zwei Regionalkonferenzen Ziele, Methoden und Wege zur Umsetzung der Energiewende erläutert worden sind, machten sich Berater und Kommunen an die Arbeit. Im Pilotprojekt „Energiecoach für Gemeinden“ wurden von der Regierung von Unterfranken im Februar 2013 30 unterfränkische Gemeinden ausgewählt, denen im Rahmen einer Initialberatung Fachleute ihre Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung aufzeigten. Das breite Themenfeld des Coachings, etwa Energiemanagement für kommunale Gebäude und Anlagen, Bürgerberatung und Bürgerengagement, Fördermöglichkeiten und planungsrechtliche Instrumente sowie Strategien zur Nutzung der Potentiale sollten im Einzelfall vor Ort angesprochen werden.

Ein neuer Windpark entsteht zwischen Schwanfeld und Eßleben.

Stichwort: Energienutzungspläne

Weitere, relativ neue Planungsinstrumente, mit denen Handlungsmöglichkeiten und Potenziale zur Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz und zum Einsatz erneuerbarer Energien auf kommunaler Ebene ermittelt werden können, sind Energienutzungspläne und Klimaschutzkonzepte. Ihre ersten Erfahrungen damit tauschten unterfränkische Kommunen auf Einladung der Regierung am 22. Februar 2013 in Würzburg aus. Eine gemeinsame Veranstaltung des Bayerischen Landesamts für Umwelt und der Regierung von Unterfranken unter Beteiligung der Bayerischen Energieagentur erweiterte diese Thematik am 14. November 2013. In fünf Diskussionsrunden ging es um Potenzialanalysen, die nächsten Umsetzungsschritte, Zusammenarbeit mit externen Auftragnehmern, Interkommunale Kooperationen und Öffentlichkeitsbeteiligung.

Auf der Basis der gesammelten Erfahrungen setzt die Regierung von Unterfranken ihre Anstrengungen fort. Das dritte Seminar der Reihe mit dem Landesamt für Umwelt zur CO_2-Bilanzierung, eine Ausstellung für die Öffentlichkeit und ein Beitrag im Rahmen der Bayerischen Klimawoche vom 12. bis 20. Juli 2014 sind die nächsten Schritte, die die Regierung neben der Beratung und Förderung der unterfränkischen Kommunen plant. Es gilt: Auf jeden Einzelnen kommt es an, damit die Energiewende in Unterfranken gelingt.

Julia Rösch

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer (Mitte) übergibt den Vertretern der beauftragten Energieagenturen, Günther Wanger von der Energieagentur Unterfranken e.V. (2. von rechts) und Erich Maurer von der Energieagentur Nordbayern GmbH (2. von links), die Verträge für das unterfränkische Energiecoaching. Mit im Bild die zuständigen Bereichsleiter Wirtschaft bzw. Bauen, die Abteilungsdirektoren Wolfgang Jäger (links) und Norbert Böhm (rechts).

Kontakt

Tel.: 0931/380-1281
E-Mail: energie@reg-ufr.bayern.de

Rege Diskussionen bei der Dialogreihe „Energienutzungsplan und Energiekonzept“ am 14. November 2013 in Würzburg.

Planfeststellungsverfahren Würzburger Straßenbahn

Verlängerung in die Stadtteile Frauenland und Hubland

Die Straßenbahnverlängerung in die Stadtteile Frauenland und Hubland ist das größte Verkehrsinfrastrukturprojekt in der Würzburger Innenstadt seit Jahrzehnten. Durch die Umwandlung der Konversionsflächen Leighton-Barracks zum neuen Stadtbezirk Hubland und den Ausbau des universitären Campus erhält die Anbindung an das innerstädtische Straßenbahnnetz besonderes Gewicht. Der Neubau einer mehr als vier Kilometer langen doppelgleisigen Straßenbahnstrecke durch dicht bebaute Innenstadtquartiere führt naturgemäß zu Konflikten und hat Auswirkungen auf Umwelt und Natur, das Stadtbild und die verkehrlichen Beziehungen im Bereich der Neubaustrecke. Entsprechend langwierig gestaltete sich der Planungsprozess. Nach Machbarkeitsstudie und Trassenuntersuchung (2007-2009) sowie Scoping-Verfahren nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (2010) wurde die Würzburger Straßenbahn GmbH mit Stadtratsbeschluss vom 28.07.2011 beauftragt, das Planfeststellungsverfahren für die sog. Trassenvariante 2c zu beantragen.

Foto: WSB

Planfeststellungsunterlage 3 – Übersichtslageplan, Planungsstand 2012

Auf Antrag der Würzburger Straßenbahn GmbH vom 31.05.2012 hat die Regierung von Unterfranken, Sachgebiet 21, Anfang Juni 2012 das Planfeststellungsverfahren gemäß §§ 28ff. des Personenbeförderungsgesetzes eingeleitet. Im Rahmen des bis August 2012 dauernden Anhörungsverfahrens erhielten mehr als dreißig betroffene Fachstellen sowie die Stadt Würzburg – die sogenannten Träger öffentlicher Belange – Gelegenheit, sich zu den Planungen zu äußern. Weit mehr als 400 Privatpersonen und Interessengruppen erhoben nach Öffentlichkeitsbeteiligung Einwendungen gegen das geplante Vorhaben.

Im September 2012 übergab die Regierung von Unterfranken die Äußerungen der Träger öffentlicher Belange und die privaten Einwendungen der Würzburger Straßenbahn GmbH zur Stellungnahme. Bedingt durch die Vielzahl der Einwendungen und der darin angesprochenen Themen dauerte der Bearbeitungsprozess bei der Würzburger Straßenbahn GmbH bis zum Juli 2013. Zeitgleich wurden ergänzende Gutachten und Unterlagen erstellt, z.B. zu den Lärm- und Erschütterungsimmissionen während der Bauzeit und zu den Veränderungen, die die neue Straßenbahnstrecke auf städtische und Regionalbuslinien haben wird. Der Bearbeitungsprozess wurde durch einen regelmäßig tagenden Arbeitskreis aus Vertretern der Würzburger Straßenbahn GmbH, der beauftragten Fachplanungsbüros und der Regierung von Unterfranken gesteuert. Ziel des Bearbeitungsprozesses war auch, Planänderungen zu erarbeiten, die berechtigten Einwänden bestmöglich gerecht werden. So können aufgrund der überarbeiteten Planung nun zum Beispiel Eingriffe in privates Grundeigentum im Bereich des Wittelsbacher Platzes sowie des Zwerchgrabens und der Trautenauer Straße nahezu vermieden werden.

Am 16.07.2013 übergab die Würzburger Straßenbahn GmbH ihre Stellungnahme zu den Einwänden – insgesamt 15 Ordner – an die Regierung von Unterfranken. Die Regierung von Unterfranken hat die Stellungnahme daraufhin inhaltlich geprüft und Anfang August den jeweiligen Fachbehörden und Privateinwendern zur Information zugesandt. Parallel dazu wurden die geänderten Planfeststellungsunterlagen durch die Würzburger Straßenbahn GmbH erstellt und der Regierung von Unterfranken im November 2013 zur Prüfung auf Vollständigkeit, Schlüssigkeit und Auslegungsreife vorgelegt.

Da umfangreiche Planänderungen vorgesehen sind, wird die Regierung von Unterfranken nach Abschluss der Prüfungen im Frühjahr 2014 ein erneutes Anhörungsverfahren mit öffentlicher Auslegung der geänderten Planfeststellungsunterlagen und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchführen.

Heiko Brückner

Kontakt

Tel.: 0931/380-1208
E-Mail: wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de

Das neue Technikum III des Fraunhofer Instituts für Silicatforschung ISC in Würzburg

Zusammenwachsen von Wissenschaft und Wirtschaft

Der Neubau des Fraunhofer Instituts für Silicatforschung ISC am Neunerplatz wurde nach ca. drei Jahren Bauzeit seiner Bestimmung als Labor- und Technikumsgebäude übergeben. Das Gebäude, entworfen von dem weltbekannten Londoner Architekturbüro Zaha Hadid, vereint einen außergewöhnlichen Blickfang mit ausgezeichneten technischen Möglichkeiten.

Das ISC, das innovative Werkstoffe im Bereich Energie, Umwelt und Gesundheit entwickelt, legte bei dem Neubau besonderen Wert auf Energieeffizienz und Nachhaltigkeit. So wird Solartechnik zur Wärme-Kälte-Gewinnung mit Adsorptionskältemaschinen eingesetzt, in die Glasfassade wurde stellenweise Photovoltaik eingebaut, durch eine Bauteiltemperierung wird das Raumklima unterstützt und die Lichtsteuerung erfolgt tageslichtsensorisch und bewegungsabhängig. Gelebte Energiewende ist z. B., dass es vor dem Gebäude auch E-Tankstellen gibt, die via in die Fassade integrierter Photovoltaik-Module versorgt werden. Das Technikum III setzt somit selbst Signale für neue Wege bei der Umsetzung von Forschungsergebnissen in Produkte.

Das Technikum III bietet auf rund 2.500 m^2 moderne Labore und Platz für 86 Mitarbeiter. Durch den Neubau wurden die Voraussetzungen für das Erreichen der strategischen Zielsetzung des Würzburger Instituts geschaffen und der Technologie- und Wirtschaftsstandort Unterfranken nachhaltig gestärkt. Die bereits bestehende enge Kooperation mit der Industrie auf nationaler und regionaler Ebene kann hierdurch weiter intensiviert werden. Das ISC bearbeitet bereits heute mehr als 800 Forschungs- und Entwicklungsaufträge für das regionale Umfeld und pflegt eine enge Kooperation mit der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, den in Unterfranken ansässigen Hochschulen sowie angewandten Forschungsinstituten.

Zwei der fünf am ISC angesiedelten Zentren widmen sich großen technischen Herausforderungen unserer Zeit. Im Zentrum für Angewandte Elektrochemie werden neue Materialien für Hochleistungsbatterien sowie leistungsfähige Batteriekonzepte entwickelt. Diese sind für portable Energiesysteme, wie sie beispielsweise für die Elektromobilität benötigt werden, unverzichtbar. Das Center Smart Materials widmet sich der Aufgabe, außergewöhnliche Einsatzpotenziale von elektrisch steuerbaren Materialien für die Industrie nutzbar zu machen.

Das Technikum III erfüllt als eines der ersten Laborgebäude in der Bundesrepublik die Kriterien an nachhaltiges Bauen auf eindrucksvolle Weise und ist eine perfekte Visitenkarte für die Innovationskraft der ca. 350 Mitarbeiter des ISC am Standort Unterfranken.

Finanziert wurden die Baukosten von gut 30 Mio. € vom Bund, dem Land Bayern sowie aus dem Strukturfonds der Europäischen Kommission.

Gisela Götz

Kontakt

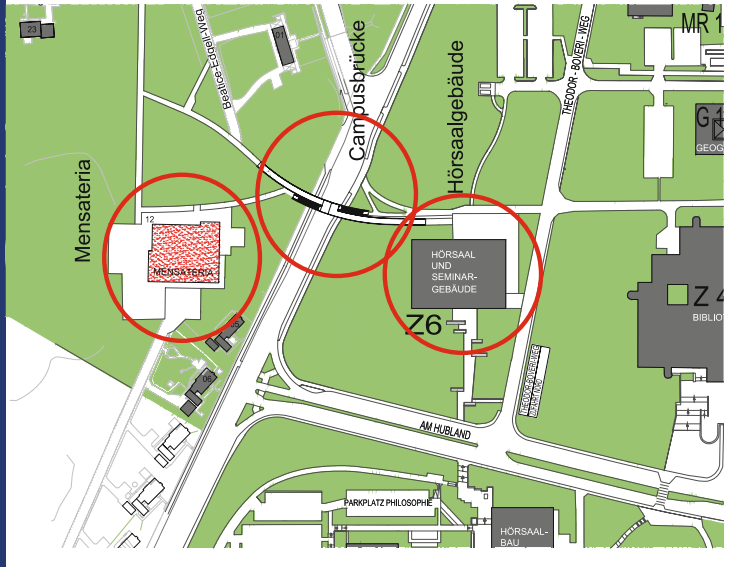
Tel.: 0931/380-1225
E-Mail: wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de

Ansicht des Fraunhofer Instituts für Silicatforschung von Westen
Foto: K. Heyer für Fraunhofer ISC

Brückenschlag am Hubland

Am 14. Januar 2009 holten die amerikanischen Streitkräfte ihre Flagge in der Leighton-Kaserne ein. Damit eröffneten sich für Würzburg historische Chancen in der Stadtentwicklung und für die Universität einmalige Perspektiven für die Zukunft. Durch einen engen Schulterschluss zwischen Universität, Stadt, Politik, Wissenschaftsministerium und Regierung von Unterfranken konnte die Entwicklung dieses riesigen Areals sehr rasch auf den Weg gebracht werden.

„Noch nie in der Bundesrepublik hat eine Konversion in dieser Geschwindigkeit stattgefunden“, so der Universitätspressesprecher Dr. Georg Kaiser. Bereits im April 2011 konnte die Universität eine Reihe sanierter Gebäude in Betrieb nehmen. Am 4. November 2013 zogen die ersten Kinder im generalsanierten Universitätskinderhaus ein (Baukosten: 2,3 Mio. €). Erweiterungen zu einem Familienzentrum sind in Planung.



Anfang Dezember 2013 wurde die neue Brücke für Fußgänger und Radfahrer über die vielbefahrene Straße „Am Galgenberg“ eröffnet (Baukosten: 2,8 Mio. €). Damit wurde der Brückenschlag zwischen dem Campus Hubland Süd und Hubland Nord (ehemalige Leighton-Kaserne) nicht mehr nur sprichwörtlich, sondern auch baulich vollzogen. An dieser Nahtstelle entsteht derzeit die neue Mensateria, die voraussichtlich Ende des Jahres 2014 fertiggestellt wird (Baukosten: 11 Mio. €). Momentan werden Erschließungsmaßnahmen in einer Größenordnung von 12 Mio. € geplant. In den neuen Campus Hubland Nord hat der Freistaat Bayern bisher bereits 36,4 Mio. € investiert. Bis 2017 sind weitere Baumaßnahmen in Höhe von 34 Mio. € vorgesehen.

Der Campus Hubland Nord mit einer Größe von 39 ha aus dem insgesamt 170 ha umfassenden Gebiet der ehemaligen Leighton-Kaserne bietet der Universität Würzburg Entwicklungsmöglichkeiten wie keiner anderen Universität in Bayern. Die Stadt Würzburg gab die weitere Entwicklung auf dem für sie so bedeutsamen Gebiet der ehemaligen Leighton-Kaserne bereits im Jahr 2010 vor. Hierzu wurde auf der Grundlage eines Wettbewerbs ein städtebaulicher Rahmenplan entwickelt. Für Würzburg und Unterfranken ist und bleibt die Universität ein entscheidender Standort- und Wirtschaftsfaktor.

„Ohne diese Universität wären wir ein vergessenes gallisches Dorf“, so der damalige Oberbürgermeister Georg Rosenthal bei der Eröffnung des Campus Hubland Nord.

Ludwig Dorbath

Kontakt

Tel.: 0931/380-1415
E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

Bild von der Fußgängerbrücke

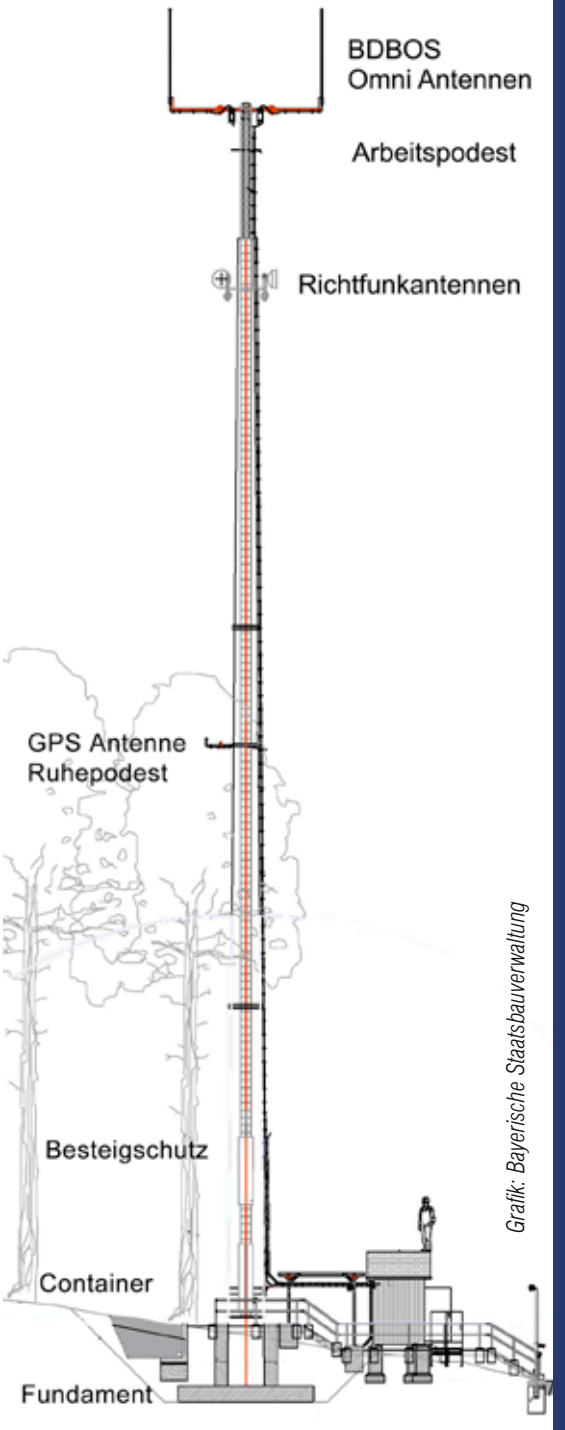
DigiNet-Netzabschnitt 38

Unterfranken hat sein Ziel erreicht

Am 1. Juni 2007 haben Bund und Länder die Einführung des neuen digitalen Behördenfunks für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) beschlossen. BOS sind u.a. die Polizei, Feuerwehren, Katastrophenschutzbehörden, Rettungsdienste/-organisationen, THW und Zoll. Das in die Jahre gekommene analoge Funksystem hat gegenüber dem neuen digitalen Funksystem große Nachteile, so z.B. örtlich begrenzte Funkverkehrskreise, das Fehlen eines behördenübergreifenden Netzes, hohe Stör- und Nebengeräusche, leichte Abhörbarkeit und beschränkte Datenübermittlung. Zudem ist die Ersatzteilbeschaffung der veralteten Technik nur noch begrenzt möglich. All diese Mängel beseitigt das neue System und bietet zusätzlich eine GPS-gestützte Standortermittlung.

Montage eines 40 m Schleuderbetonmastes in Königsberg i.Bay., Stadtteil Hofstetten (Landkreis Haßberge)
Foto: Bayerische Staatsbauverwaltung

Knapp 900 Funkmaststandorte werden bayernweit benötigt, um mindestens 96% Netzerreichbarkeit zu realisieren. In Unterfranken gibt es aufgrund der topografisch bewegten Mittelgebirgslandschaft 124 Funkmasten. Lediglich im Regierungsbezirk Oberbayern sind mehr Standorte notwendig. 69 Masten wurden nach Beauftragung durch die Regierung von Unterfranken als sogenannte „Kleine Baumaßnahmen“ innerhalb der letzten 3 Jahre von den Staatlichen Bauämtern Aschaffenburg, Schweinfurt und Würzburg umgerüstet, 55 wurden neu erstellt. In einigen Kommunen bestanden seitens der beteiligten Grundstückseigentümer, der Bürgerschaft bzw. der Gemeindeverantwortlichen Vorbehalte gegenüber der neuen Technik. Vor den Baugenehmigungsverfahren wurden deshalb vielerorts Informationsveranstaltungen angeboten. Wägt man Blicklagenbeeinträchtigung, naturschutzfachliche Belange und die Furcht vor Strahlenbelastung mit der neuen Technik des digitalen Behördenfunks ab, so überwiegen die Vorteile eines präzisen und vernetzten Funkverkehrs, der dem Einzelnen wie auch der Gemeinschaft zu Gute kommt: **Digitalfunk hilft helfen!**



Grafik: Bayerische Staatsbauverwaltung

Standardbeispiel eines 40 m Schleuderbetonmastes

In Unterfranken wurde am 4. September 2013 die hundertprozentige Fertigstellung aller Zielstandorte termingerecht erreicht. Dies gelang zum einen durch die erfolgreiche Zusammenarbeit von Regierung, Landratsämtern und Kommunen bei den Baugenehmigungsverfahren, zum andern durch das gute Zusammenspiel der staatlichen Bauverwaltung mit allen bei der Bauausführung beteiligten Projektpartnern.

Damit konnte das Digitalfunknetz zum 24.02.2014 fristgerecht im Testbetrieb starten.

Norbert Böhm

Kontakt
Tel.: 0931/380-1402
E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

Investitionen in den Straßen- und Brückenbau in Unterfranken

Christoph Eberlein

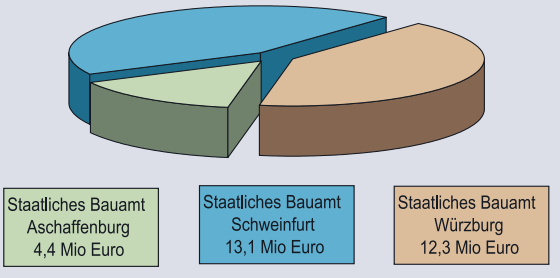
Das klassifizierte Straßennetz (Bundes- Staats- und Kommunalstraßen) stellt ein enormes volkswirtschaftliches Vermögen dar. Allein das Anlagevermögen der unterfränkischen Mainbrücken beläuft sich auf rund 1 Milliarde €. Dementsprechend hoch sind die finanziellen Aufwendungen, die für den Ausbau und die Erhaltung der Straßeninfrastruktur geleistet werden müssen. Neben den notwendigen Neu- und Ausbaumaßnahmen wird die große Herausforderung der Zukunft darin liegen, den Straßen- und Brückenbestand in einem guten und verkehrssicheren Zustand zu erhalten. Bund und Freistaat Bayern sind sich dieser Aufgabe bewusst und wollen die Straßenbaumittel auf dem hohen Niveau der vergangenen Jahre halten.

Ringstraße Aschaffenburg mit Grünbrücke; Fertigstellung 2013

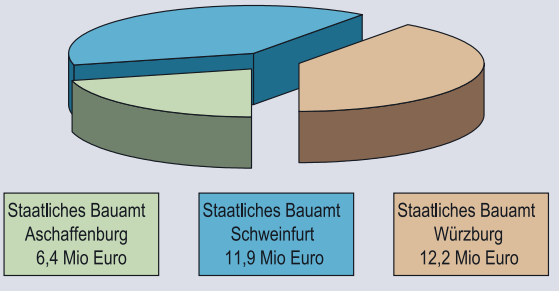
Im Jahr 2013 hat die Regierung von Unterfranken Investitionen des Bundes und des Freistaates Bayern in den Straßen- und Brückenbau in Höhe von rund 83 Mio. € betreut. Die der Regierung nachgeordneten Staatlichen Bauämter Aschaffenburg, Schweinfurt und Würzburg verausgabten davon im Bereich Straßen- und Brückenbau insgesamt etwa 60 Mio. €. Hiervon entfielen sowohl auf den Staatsstraßenhaushalt als auch auf den Bundeshaushalt jeweils rund 30 Mio. €.

Den Kommunen wird durch die Bereitstellung von staatlichen Fördermitteln die Durchführung wichtiger kommunaler Straßen- und Brückenbauprojekte ermöglicht. Im Jahr 2013 förderte die Regierung von Unterfranken 95 Straßen- und Brückenbaumaßnahmen. Den Betreuungsschwerpunkt bildeten hierbei Mittel, die nach dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und dem Finanzausgleichsgesetz bereitgestellt wurden. Insgesamt wurden im Jahr 2013 etwa 23 Mio. € Fördermittel in kommunale Straßenbauprojekte investiert, wobei die Bandbreite der Förderung vom Radwegebau über den Neu- und Ausbau von Kommunalstraßen, aufwendige Brückenbaumaßnahmen bis hin zum Bau von Staatsstraßenumfahrungen in kommunaler Sonderbaulast reichten.

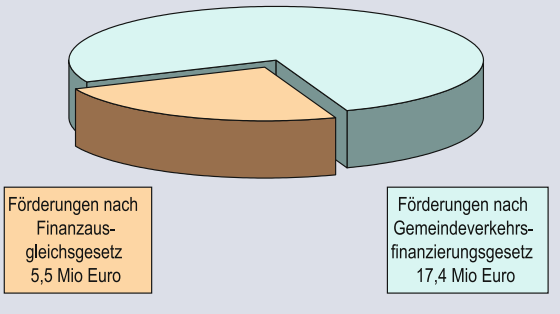
Ausgaben Bund für den Straßen- und Brückenbau in Unterfranken im Jahr 2013



Ausgaben Land für den Straßen- und Brückenbau in Unterfranken im Jahr 2013



Förderungen für den kommunalen Straßen- und Brückenbau in Unterfranken im Jahr 2013



Kontakt
Tel.: 0931/380-1432
E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

Ort schafft Mitte – Erfolge im Modellvorhaben Stadt Röttingen

Im Juni 2010 schrieb die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern das Modellvorhaben „Ort schafft Mitte“ aus. Dieses hatte zum Ziel, beispielhafte Lösungsansätze für Kommunen zu entwickeln, ihre Ortskerne zu stabilisieren, innerörtliche Leerstände zu beseitigen und regionale Potenziale zu stärken.

Aus 85 Bewerbungen wurden zehn Kommunen ausgewählt, darunter auch zwei aus Unterfranken: der Markt Stadtlauringen und die Stadt Röttingen. Die Umsetzung der Modellprojekte begann im Frühjahr 2011 mit einer Auftaktveranstaltung in Stadtlauringen und endete nach dreijähriger Umsetzungsphase mit einer Abschlussveranstaltung am 28.11.2013 in Freyung.

Die Stadt Röttingen ist als baukulturell reizvolle Weinstadt und für die seit 1984 jährlich stattfindenden Frankenfestspiele überregional bekannt. In den vergangenen Jahren sind in der Röttinger Altstadt allerdings vermehrt Funktionsverluste und Abwanderungstendenzen zu verzeichnen. Ein markanter Anstieg leer stehender Wohn- und Geschäftsgebäude war die Folge. Allein vierzig Hauptgebäude innerhalb der historischen Altstadt standen leer, insbesondere Baudenkmäler und ehemals landwirtschaftlich genutzte Anwesen. Im Rahmen des Modellvorhabens galt es weitere Strategien, insbesondere zum Umgang mit dieser Gebäudesubstanz, zu entwickeln und Anreize für private Investitionen zu schaffen.

Die Grundlage hierzu sollte mit weiteren kommunalen Impulsprojekten gelegt werden. Nach der Sanierung des Jakobsturmes zur „Eventferienwohnung“, der Revitalisierung der Burg Brattenstein zur modernen Festspielstätte und dem „Haus der Generationen“ stand nun die gestalterische und funktionale Aufwertung des öffentlichen Raums im Mittelpunkt. Nach der gelungenen Umgestaltung der Naherholungszone „Am Mühlbach“ wurde im Rahmen des Modellvorhabens die Neugestaltung des Marktplatzes mit Hauptstraße in Angriff genommen. Die Einweihung des 1. Bauabschnitts konnte unter der Schirmherrschaft von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern am 20.7.2013 gefeiert werden.

In einem zweiten Impulsprojekt gelang es, in einem direkt an die Stadtmauer angrenzenden, leerstehenden Gebäudekomplex eine „Spielscheune“ einzurichten. Nach Erwerb des Anwesens von einer Erbengemeinschaft konnte die Kommune in die umgebaute Scheune einen Indoor-Spielplatz einbauen. Eine Projektidee, die bereits vor der feierlichen Übergabe an die Kinder am 16.11.2013 bayernweites Interesse fand.

Neugestalteter Marktplatz von Röttingen

Parallel zu diesen Impulsprojekten ist die Stadt intensiv damit beschäftigt, weitere Leerstände innerhalb der Altstadt inhaltlich und planerisch für Nachnutzungen vorzubereiten, insbesondere für Wohnen, aber auch für Hotel- und Gastgewerbe, um so vermehrt private Bauherren für eine „sinnstiftende Investition“ in und für die Altstadt Röttingens gewinnen zu können.

Innerhalb der Modelllaufzeit konnte die Stadt Röttingen mit Zuwendungen in Höhe von ca.1,5 Mio. € aus dem Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ unterstützt werden.

Manfred Grüner

Kontakt

Tel.: 0931/380-1440
E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

Spielscheune außen und innen
Fotos: Architekturbüro Dag Schröder, Schweinfurt

Modellvorhaben WAL

Wohnen in allen Lebenslagen am Ludwigkai in Würzburg

Die Wohnanlage am Ludwigkai in der Sanderau gehört zu den Pilotprojekten, die im Jahr 2005 vom Fachbereich Experimenteller Wohnungsbau der Obersten Baubehörde gestartet wurden. Ziel des Modellvorhabens war die Entwicklung innovativer und praxistauglicher

Ersatzneubau Ecke Sonnenstraße

Wohnkonzepte, die besonders den demographischen Wandel in der Gesellschaft berücksichtigen und Lösungsansätze für Wohnformen aufzeigen, die das Leben im Alter erleichtern können. Größtmögliche Barrierefreiheit in der Wohnung und im Wohnumfeld ist besonders

Rückseite Sonnenstraße / Ludwigkai im Innenhof

wichtig, damit ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt in der eigenen Wohnung, in ihrer vertrauten Umgebung und in sozialen Nachbarschaften leben können. Die Mischung unterschiedlicher Wohnungen im Haus bzw. im Quartier ermöglicht ein lebendiges Miteinander und generationenübergreifende Nachbarschaft, die im Bedarfsfall auch Unterstützung bieten kann. Auch die Einbeziehung von gestalteten Grünbereichen wirkt sich positiv und kontaktförderlich aus. Insgesamt verbesserte sich bei dem Modellprojekt Ludwigkai die Wohnqualität für alle Altersgruppen wesentlich.

Die ersten drei Bauabschnitte der Gesamtbaumaßnahme (103 Wohneinheiten) sind bereits fertiggestellt. Der Wohnungsbestand wurde grundlegend energetisch saniert (KfW-Effizienzhaus 70 Standard) und die Haustechnik erneuert. 56 Wohneinheiten wurden mit dem

Fassadenausschnitt Ludwigkai

Bayerischen Modernisierungsprogramm gefördert. Die umfangreichere Modernisierung am Ludwigkai bietet einen höheren Standard als die in bewohntem Zustand erfolgte einfachere Modernisierung an der Rückertstraße. Entlang der Sonnenstraße wurde aus wirtschaftlichen Gründen ein Ersatzneubau mit 22 Wohneinheiten errichtet, davon acht im Rahmen der Einkommensorientierten Förderung (EOF). Im Quartier konnten dadurch die dringend erforderlichen barrierefreien Wohnungen integriert werden. Im Dezember 2013 wurde seitens der Regierung von Unterfranken der vierte und letzte Bauabschnitt bewilligt. Im Innenhof erfolgt 2014 die geplante Nachverdichtung mit zwei Neubauten (19 Wohneinheiten). Gefördert wird ein Gebäude mit neun barrierefreien Wohneinheiten einschließlich einer Rollstuhlfahrerwohnung und einem Gemeinschaftsraum für alle Mieter im Erdgeschoss. Das Gesamtfördervolumen beträgt insgesamt ca. 7,6 Mio. €.

Im September 2013 erhielt die Stadtbau Würzburg GmbH für das Projekt „Wohnen in allen Lebensphasen“ am Ludwigkai den „Deutschen Bauherrenpreis 2013“ in der Kategorie Modernisierung. Das Leitbild dieser Auszeichnung ist „Hohe Qualität zu tragbaren Kosten“. Die Jury lobte die Aufwertung der Wohnqualität im Innen- und Außenraum, die Weiterentwicklung der Bestandbauten mittels einer ausdrucksstarken und zeitgenössischen Architektursprache sowie die differenzierten Ausbaustandards. Wohnen ist hier „für unterschiedliche Bewohnergruppen attraktiv geworden und bezahlbar geblieben“. Hervorgehoben wurde auch der sensible Umgang mit den „Altmietern“.

Kontakt
Tel.: 0931/380-1446
E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

Cornelia Breitzke

Integration durch Bildung

Förderung von Schülern mit Migrationshintergrund

Rund 16 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund leben heute in Deutschland. Dies entspricht einem Anteil von 19,3% der Bevölkerung, für Bayern ist der Wert mit knapp 20% nahezu identisch, für Unterfranken liegt er mit rund 17% etwas darunter. Aufgrund der Überalterung der deutschen Bevölkerung werden die Werte voraussichtlich weiter steigen.

Von den ca. 10.600 Schülern mit Migrationshintergrund in Unterfranken weisen nach Angaben der Schulämter mehr als die Hälfte, d.h. 5.800 Schüler, Defizite in der deutschen Sprache auf.

Praxisorientierte Unterstützung für die tägliche Arbeit in der Schule erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in zwei Workshoprunden.

Vor diesem Hintergrund richtete die Regierung von Unterfranken am Samstag, den 11. Mai 2013, erneut eine Fachtagung „Integration durch Bildung – Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund“ in der Grund- und Mittelschule Höchberg aus, die von knapp 300 Teilnehmern aus vier verschiedenen Schularten (Grundschule, Mittelschule, Förderschule und Berufsschule) besucht wurde.

Ein Grundsatzreferat, ein Markt der Möglichkeiten und zwei Workshoprunden stellten insbesondere ein Angebot für die Lehrkräfte dar, die über keine spezifische Aus- oder Weiterbildung für den Unterricht von Schülern mit Migrationshintergrund verfügen.

Interkulturelle Kompetenzen werden aufgrund der zunehmenden Einrichtung von Unterkünften für Asylbewerber auch von Lehrkräften in Landkreisen gefordert, die bisher mit dieser Thematik kaum in Berührung kamen.

Der entscheidende Schlüssel zur Teilhabe an Bildung ist die Fähigkeit, sich sprachlich gut ausdrücken zu können, d.h. natürlich erst einmal die Muttersprache, aber selbstverständlich auch die deutsche Sprache zu erlernen. Das gilt für den schulischen Erfolg genauso wie für den Zugang zur deutschen Kultur. Kinder und Jugendliche, für die Deutsch die Zweitsprache ist, benötigen deshalb eine möglichst früh beginnende und kontinuierliche Sprachförderung.

Die Regierung von Unterfranken trägt dem mit einer Reihe von Maßnahmen Rechnung:

- mit Vorkursen in Kindertagesstätten
- mit Deutschförderklassen und -förderkursen,
- mit Übergangsklassen
- mit einer Schülerhöchstzahl von 25 pro Klasse, sofern der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund mehr als 50% beträgt

Die Ergebnisse der fünften PISA-Studie zeigen abermals, dass sich Kinder von Migranten im Vergleich zur ersten Untersuchung verbessern konnten und in Bayern auch besser abschneiden als in anderen Bundesländern. Es besteht dennoch ein großer Förderbedarf, da der Kompetenzunterschied zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund nach wie vor deutlich ist.

Für die Bildungsschere können verschiedene Ursachen maßgeblich sein:

- geringe Sprachkenntnisse
- niedriger Bildungshintergrund im Elternhaus
- und nicht zuletzt Ressentiments aufgrund des Migrantenstatus.

Wie Integration gelingen kann wurde durch zahlreiche Beispiele beim Markt der Möglichkeiten dargestellt.

Genau an diesen Punkten knüpften die Themen der dreizehn Workshops an. Sie boten praxisorientierte Hilfen für den Unterricht, damit Lehrkräfte diesen Herausforderungen wirkungsvoll begegnen können. Denn unbestritten sind es die Pädagogen, die, neben der Familie, an erster Stelle dazu berufen sind, diese jungen Menschen auf ihrem Weg ins Erwachsenwerden und das Hineinwachsen in die Gesellschaft und in das Berufsleben zu begleiten.

Dass die interkulturelle Vielfalt der Schülerinnen und Schüler das Schulleben dabei nicht nur belastet, sondern auch bereichern kann, wurde an dieser Fachtagung eindrucksvoll dargestellt.

Günter Mensch

Kontakt
Tel.: 0931/380-1361
E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de

Initiative „Bildungsregion Bayern“ in Unterfranken

Das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst hat im Frühjahr 2012 die Initiative „Bildungsregionen in Bayern“ ins Leben gerufen, die alle Landkreise und kreisfreien Städte anspricht, sich zu beteiligen.

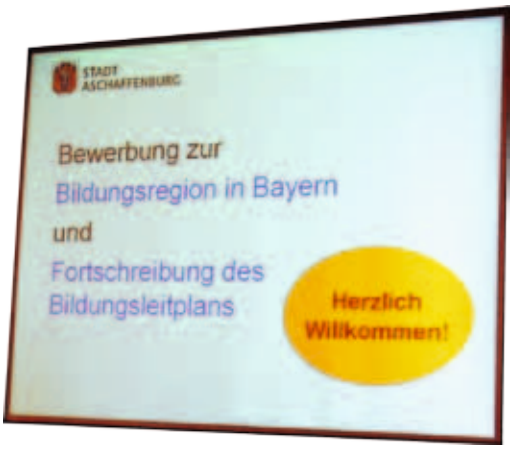
Bildungsregionen werden im Dialog der Verantwortlichen vor Ort in den Landkreisen und kreisfreien Städte geschaffen.

Ziel ist es, die Zukunft der jungen Menschen in der Region mit einem passgenauen Bildungsangebot zu sichern, um ihnen so die Wahrnehmung ihrer Bildungs- und Teilhabechancen noch besser zu ermöglichen.

Im Zentrum steht neben der Organisation der Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit des bayerischen Schulsystems die Gestaltung von ganzheitlichen Bildungsprozessen im Zusammenwirken der Schulen mit den relevanten Kooperationspartnern, insbesondere den Kommunen, der Jugendhilfe, der Arbeitsverwaltung, den Wirtschaftsorganisationen und Unternehmen in der Region.

Eine Bildungsregion wird in der Regel von fünf Säulen getragen:

- organisierte und begleitete Übergänge
- eng vernetzte Bildungsangebote (schulische und außerschulische)



- Hilfe für junge Menschen in besonderen Lebenslagen
- Stärkung und Entwicklung der Bürgergesellschaft (Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Stärkung der Ehrenämter, der Jugendarbeit und des generationenübergreifenden Dialogs)
- Bildung als Standortfaktor

Der Weg zur Bildungsregion führt über das Interesse und Engagement aller, die in der Region an der Bildung beteiligt sind. Das erfordert die Feststellung der regionalen Bedürfnisse und möglichen Handlungsfelder, das Festlegen von Zielen und natürlich die Arbeit an denselben bis hin zu einem eng verflochtenen Netzwerk an Bildungspartnern.

Der Weg zur Bildungsregion lässt sich in etwa folgendermaßen beschreiben:

Ein erstes Dialogforum gibt den Auftakt für die Arbeit in den Arbeitskreisen.

Nach ungefähr einem Jahr werden in einem weiteren Dialogforum die Ideen und Fortschritte sowie der momentane Entwicklungsstand der Arbeitskreise und Projekte vorgestellt. Im Anschluss daran kann sich die Region für das Gütesiegel „Bildungsregion“ bewerben.

Die Konferenz der Schulaufsicht würdigt diese Bewerbung, unter Einbezug der Stellungnahmen des Bayerischen Landesjugendamtes und des Bayerischen Jugendringes, in einer abschließenden Stellungnahme. Anschließend übermittelt sie diese an das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst und in Kopie an das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und

(v.r.n.l.) Regierungsvizepräsident Dr. Andreas Metschke mit dem vormaligen Ministerialbeauftragten für Gymnasien Gert Weiß und Landrat Thomas Bold beim Dialogforum in Bad Kissingen.

Soziales, Familie und Integration. Das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst entscheidet anschließend, unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Sozialministeriums, über die Verleihung des Gütesiegels „Bildungsregion in Bayern“. Hierbei liegt das Augenmerk sowohl auf den Fortschritten im Bereich der Bildung als auch auf der Nachhaltigkeit der Initiative.

Für Unterfranken setzt sich die Konferenz der Schulaufsicht aus dem Vorsitzenden der Konferenz, dem Ministerialbeauftragten für die Realschulen in Unterfranken, Horst Karch, der Ministerialbeauftragten für die Gymnasien in Unterfranken, Monika Zeyer- Müller, dem Ministerialbeauftragten für die Berufliche Oberschule (Fachoberschulen und Berufsoberschulen) in Nordbayern, Hans- Jörg Bosch und dem Leiter des Bereichs 4 „Schulen“ der Regierung von Unterfranken, Gustav Eirich zusammen. Bertram Odoj aus der Schulabteilung bei der Regierung von Unterfranken begleitet und unterstützt die teilnehmenden Gebietskörperschaften auf ihrem Weg zur Bildungsregion.

Im Regierungsbezirk Unterfranken haben sich an der Initiative „Bildungsregionen in Bayern“ die Landkreise Rhön-Grabfeld, die Haßberge und Bad Kissingen sowie die kreisfreie Stadt Aschaffenburg beteiligt. Im Frühjahr 2014 wird sich der Landkreis Miltenberg auf den Weg machen. Während die Stadt Aschaffenburg im November das 2. Dialogforum veranstaltete, planen der Landkreis Rhön-Grabfeld, als erster Teilnehmer in Unterfranken sowie die Landkreise Haßberge und Bad Kissingen momentan ihre zweiten Dialogforen.

Die Beteiligung und Mitwirkung ehrenamtlicher Mitbürgerinnen und Mitbürger an den Arbeitskreissitzungen, die in den teilnehmenden kreisfreien Städten und Landkreisen zu den oben genannten 5 Säulen stattfanden, war allgemein sehr groß. Die erarbeiteten Ergebnisse sollen in Form einer Bewerbung für das Gütesiegel nach dessen Verleihung im Internetauftritt der jeweiligen Gebietskörperschaft zum Herunterladen bereitgestellt werden.

Bertram Odoj

Kontakt

Tel.: 0931/380-1376
E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de

Zustimmendes Votum für die Bewerbung beim Zweiten Dialogforum in der Stadt Aschaffenburg.

Drei neue berufliche Weiterbildungsangebote an unterfränkischen Fachschulen etabliert

Im Schuljahr 2012/2013 öffneten in Unterfranken drei neue staatliche Fachschulen ihre Tore. An den Standorten Lohr, Bad Neustadt und Bad Kissingen bieten sich dem beruflichen Nachwuchs seitdem interessante Perspektiven für die berufliche Weiterbildung in den Fachrichtungen Mechatroniktechnik, Fahrzeugtechnik und Elektromobilität sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe. Organisatorisch sind die neuen Angebote an bestehende Berufsschulen angegliedert.

Neben zusätzlichem Lehrerpersonal unterstützte die Regierung von Unterfranken die Fachschulen organisatorisch und genehmigte Mittel nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) für die Anschaffung der zum Teil kostenintensiven technischen Ausstattung. Nach Abschluss der Weiterbildung stehen die Absolventen der heimischen Wirtschaft als gut ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung. Gleichzeitig dienen die Fachschulen der Stärkung des ländlichen Raums.

Im Sommer 2014 stehen nach zwei Jahren Vollzeitunterricht die ersten Abschlussprüfungen an. Voraussetzungen für die Aufnahme an Fachschulen in Bayern sind eine einschlägige Berufsausbildung sowie eine mindestens einjährige Berufserfahrung. Für die oftmals schon lange Jahre im Berufsleben stehenden Facharbeiter und Gesellen stellt der Weg zurück auf die Schulbank häufig eine große Umstellung dar.

Die beteiligten Schulstandorte sowie die Landkreise als Sachaufwandsträger sahen sich nach Bekanntgabe durch das Kultusministerium im März 2012 der Aufgabe gegenübergestellt, bis

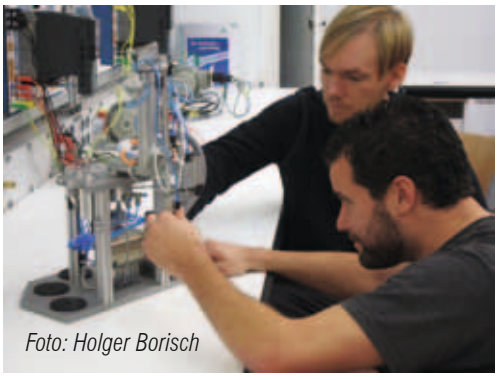


Foto: Holger Borisch

Angehende Techniker bei der Inbetriebnahme einer mechatronischen Einheit.

zum Beginn des Schuljahrs im September 2012 einen reibungslosen Schulbetrieb aufzunehmen. Diese Herausforderung wurde bravourös gemeistert.

Die Fachrichtung Mechatroniktechnik passt hervorragend in die Spessartstadt Lohr, da hier bereits die Berufsschule Main-Spessart mit den Fachrichtungen Elektrotechnik und Metalltechnik inklusive der Erstausbildung zum Mechatroniker in der beruflichen Erstausbildung vertreten ist. Diese Schule – Lohr ist unterfrankenweit der einzige Standort mit dieser Fachrichtung – erleichtert den in der Region ansässigen Industriebetrieben die Anwerbung junger und gut qualifizierter Mitarbeiter für mittlere Führungsaufgaben.

Die Jakob-Preh-Berufsschule in der ersten bayerischen Modellstadt für Elektromobilität, Bad Neustadt a.d.Saale, nutzt ebenfalls die Synergieeffekte seiner Ausbildungsrichtungen Elektro-, Metall-, und Kfz-Technik und etablierte als einer von nur vier neuen Standorten im gesamten Freistaat in kürzester Zeit die völlig neue und innovative Ausbildungsrichtung Fahrzeugtechnik und Elektromobilität.

Bei der Wahl des Standortes der staatlichen Fachschule für das Hotel- und Gaststättengewerbe bewiesen die Verantwortlichen ebenfalls Weitblick. Bad Kissingen, seit Jahrzehnten ein Garant für eine qualitativ hochwertige Ausbildung im Bereich der Ernährung und Gastronomie, erweitert damit sein vertikales Bildungsangebot. Die umfangreichen betriebswirtschaftlichen Lerninhalte werden schulintern in Zusammenarbeit mit der Fachabteilung für Wirtschaft und Verwaltung angeboten.

Einweisung an einem Demonstrationsmodell für den Bereich Fahrzeugtechnik.
Foto: Claudia Seifert

Roland Endres

Kontakt

Tel.: 0931/380-1303
E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de

Unterfränkische Mathemeisterschaft

Finale der 6. Unterfränkischen Mathematikmeisterschaft an der Regierung von Unterfranken am 12. Dezember 2013

Das Jahr 2008 wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung zusammen mit der Initiative Wissenschaft im Dialog zum Jahr der Mathematik ausgerufen. In zahlreichen Veranstaltungen sollte der Öffentlichkeit die Faszination der Mathematik nähergebracht werden, um vor allem Kinder und Jugendliche für diese so wichtige Wissenschaft zu begeistern.

Die Regierung von Unterfranken nahm den Auftrag ernst und trug mit der Auftaktveranstaltung der Unterfränkischen Mathematikmeisterschaft zum Jahr der Mathematik bei. Zugleich nahm sie die Chance wahr, etwas Nachhaltiges über das Jahr der Mathematik hinaus zu schaffen und so fand in diesem Jahr bereits die sechste Unterfränkische Mathematikmeisterschaft in Folge statt.

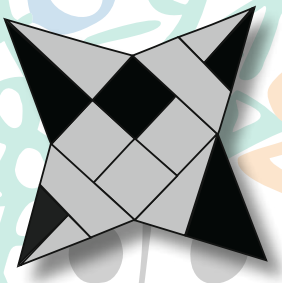
6.943 Schülerinnen und Schüler der 4. Jahrgangsstufe haben im Jahr 2013 an der ersten Runde der Mathematikmeisterschaft teilgenommen. 220 Schulsiegerinnen und 220 Schulsieger haben sich für die 2. Runde auf Schulamtsebene qualifiziert. Eine beachtliche Teilnehmerzahl, wenn man bedenkt, dass die Teilnahme freiwillig ist und somit kein Kind gezwungen ist, sich an der Mathematikmeisterschaft zu beteiligen.

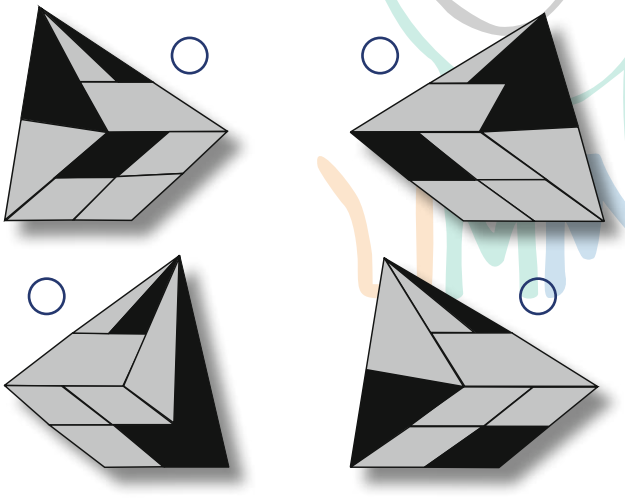
Zum Finale traten die 23 besten Schülerinnen und Schüler am 12. Dezember 2013 an der Regierung von Unterfranken gegeneinander an. In getrennter Wertung nach Mädchen und Jungen wurden die Siegerinnen und Sieger des Finales ermittelt.

Es ist ein Merkmal der Unterfränkischen Mathematikmeisterschaft, dass alle zum Knobeln eingeladen sind und so durften die Eltern im Großen Saal ebenso fleißig interessante Aufgaben lösen wie ihre Kinder, die nebenan die Aufgaben der 3. Runde rechneten.

Auch im nächsten Jahr wird der Wettbewerb auf bewährte Weise fortgesetzt werden. Wieder mit der großzügigen Unterstützung der Volks- und Raiffeisenbanken, wieder mit kniffligen Aufgaben, die nicht nur für Kinder eine Herausforderung darstellen.

Welche der unteren vier Pyramiden ist aus der rechten Fläche gefaltet worden? Kreuze an.





Stephanie Jägerhuber
Bertram Odoj

Kontakt
Tel.: 0931/380-1355
E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de

Die 23 Teilnehmer des Finales mit Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und dem Bezirkspräsidenten der Volks- und Raiffeisenbanken Rainer Wiederer.

Land der offenen Fernen

UNESCO-Biosphärenreservat Rhön steht vor der Erweiterung!

1991 wurde die Rhön länderübergreifend in Hessen, Thüringen und Bayern von der UNESCO als Biosphärenreservat anerkannt. Damit steht sie mit derzeit weltweit 621 Biosphärenreservaten in 117 Ländern für das Ziel einer vorbildlichen Nachhaltigen Entwicklung.

Abgestufte Nutzung in Zonen

Jedes Biosphärenreservat weltweit verfolgt eine Strategie der abgestuften Nutzung durch ein sogenanntes Zonierungskonzept in Kern-, Pflege- und Entwicklungszonen.

Den größten Flächenanteil nimmt in der Rhön die **Entwicklungszone** ein – hier leben und wirtschaften die Menschen, liegen Städte und Dörfer, Siedlungs- und Gewerbeflächen. Umweltverträgliche Siedlungsentwicklung, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft stehen im Mittelpunkt. Die geschützte **Pflegezone** (Naturschutzgebiete, Europäische Vogelschutzgebiete (SPA) oder FFH-Gebiete) ist darin eingebettet und wird ebenfalls land- und forstwirtschaftlich genutzt, jedoch unter Berücksichtigung des Arten- und Biotopschutzes.

Den kleinsten, aber nicht weniger bedeutsamen Anteil nehmen die als Naturschutzgebiet ausgewiesenen **Kernzonen** ein. Gut hundert Jahre dauert es, bis sich aus einem Wirtschaftswald allmählich ein „Urwald aus zweiter Hand“ entwickelt. Dieser sogenannte Prozessschutz ist ein wichtiges Element in der abgestuften Nutzung eines Biosphärenreservats: Die Vergleichsfläche zeigt, wie sich die Natur ohne menschliche Nutzung und Pflege zu helfen weiß. Förster und Waldbesitzer können daraus wertvolle Schlüsse für die Bewirtschaftung der genutzten Wälder ziehen. Für zahlreiche Arten an totholzbewohnenden Insekten, Pilzen und für viele Vogelarten ist die neue Wildnis ein wichtiger (Über-)Lebensraum.

Bayerische Gemeinden wollen ins Biosphärenreservat Rhön

22 an das bisherige Biosphärenreservat Rhön angrenzende bayerische Gemeinden möchten – unterstützt von den Landkreisen Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld – Teil des Biosphärenreservats werden. Nach Maßgabe des Deutschen MAB (Man and Biosphere) Nationalkomitees muss jedes Biosphärenreservat in Deutschland einen Mindestanteil von 3% der Gesamtfläche in Form von Kernzonen, die als Naturschutzgebiet geschützt sind,

i

Biosphärenreservat Rhön unter:
www.brrhoen.de

Verordnung zum Naturschutzgebiet „Kernzonen im bayerischen Teil des Biosphärenreservats Rhön“ unter:
www.regierung.unterfranken.bayern.de

Waldwildnis in der Kernzone

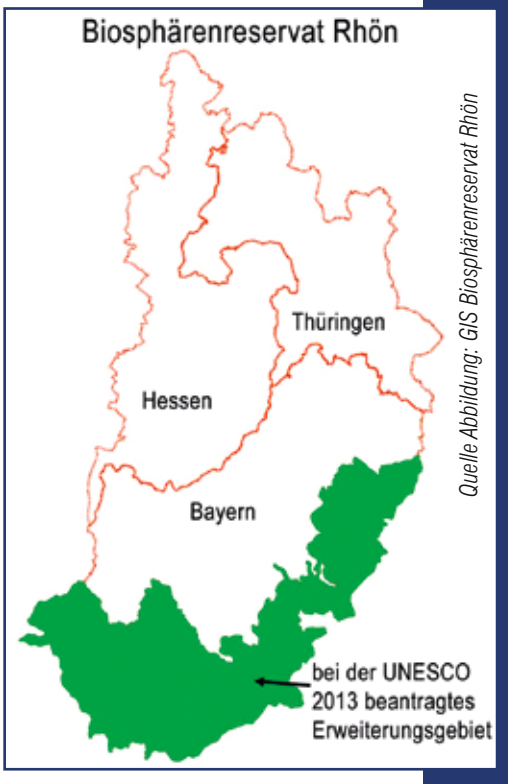
aufweisen. Bereits bislang wies das Biosphärenreservat Rhön ein Kernzonendefizit auf, das sich durch die angestrebte Erweiterung entsprechend erhöhte. Durch intensive Verhandlungen, die federführend vom damaligen Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit mit Unterstützung der Regierung von Unterfranken (Bereich 5 Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz) und der zugehörigen Bayerischen Verwaltungsstelle Biosphärenreservat Rhön geführt wurden, gelang es, bayerische Gemeinden, den Freistaat Bayern (Bayerische Staatsforsten, Anstalt des öffentlichen Rechts) und die Bundesrepublik Deutschland (Bundesministerium der Verteidigung und Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) zu überzeugen, Waldflächen aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen: Seitens der Kommunen (inkl. Landkreise) wurden rd. 720 ha, von der Bundesrepublik Deutschland rd. 590 ha (auf dem Truppenübungsplatz Wildflecken bzw. auf den ehemaligen Standortübungsplätzen Oberwildflecken und Mellrichstadt) und von den Bayerischen Staatsforsten rd. 2.580 ha zur Verfügung gestellt.

Rechtliche Sicherung der Kernzonen

Das Deutsche MAB-Nationalkomitee forderte als Voraussetzung für die Einreichung des Antrags auf Erweiterung des Biosphärenreservats Rhön, dass die Kernzonenflächen bereits rechtlich als Naturschutzgebiet oder in vergleichbarer Weise gesichert sind. Innerhalb von nur drei Monaten nach Einleitung des Anhörungsverfahrens gelang es der Regierung von Unterfranken (höhere Naturschutzbehörde – Sachgebiet 55.1 Rechtsfragen Umwelt und Sachgebiet 51 Naturschutz) die von den Beteiligten zur Verfügung gestellten Flächen mit der **Verordnung über das Naturschutzgebiet „Kernzonen im bayerischen Teil des Biosphärenreservats Rhön“** unter Schutz zu stellen. Das Naturschutzgebiet hat insgesamt eine Größe von 3.485 ha und verteilt sich auf mehr als 50 Einzelflächen, die sämtlich im öffentlichen Eigentum stehen. Von der Gebietsausweisung betroffen sind Teilflächen auf 70 Gemarkungen in 28 Städten und Gemeinden sowie den beiden Landkreisen Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld. Im Anhörungsverfahren waren rd. 300 Stellungnahmen und Anregungen von Kommunen, Trägern öffentlicher Belange sowie von privater Seite von der höheren Naturschutzbehörde zu bearbeiten. Zum 01.01.2014 trat die Verordnung in Kraft. Die Kernzonenflächen im **Truppenübungsplatz Wildflecken** wurden durch eine vertragliche Vereinbarung zwischen dem Freistaat Bayern, der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben entsprechend einem Naturschutzgebiet gesichert. Nun kann sich in der Rhön – teils natürlich, teils nach gesteuerten Waldumbauphasen – künftig auf insgesamt rd. 3.890 ha Wildnis entwickeln.

Antrag auf Erweiterung des Biosphärenreservats Rhön

Am 05.03.2013 beschloss der Bayerische Ministerrat, umgehend einen formellen Erweiterungsantrag an die UNESCO zu richten. Von der Bayerischen Verwaltungsstelle Biosphärenreservat Rhön wurde auf der Basis eines 37-seitigen Fragenkatalogs innerhalb von 6 Monaten ein 339-seitiger Antrag auf Erweiterung des Biosphärenreservats erarbeitet. Der Antrag trägt die Unterschrift der Landräte von Rhön-Grabfeld und Bad Kissingen, der Bürgermeister der im Erweiterungsgebiet liegenden 22 Städte und Gemeinden, des Regierungspräsidenten sowie des Bayerischen Staatsministers für Umwelt und Verbraucherschutz. Zudem wird der Antrag vom Hessischen und Thüringer Umweltminister unterstützt.



Quelle Abbildung: GIS Biosphärenreservat Rhön

Das Deutsche MAB-Nationalkomitee befürwortete die Erweiterung und legte den Antrag im Herbst 2013 der UNESCO vor. Der internationale MAB-Koordinationsrat (ICC) wird bis Mitte 2014 entscheiden, ob sich der bayerische Teil des Biosphärenreservats Rhön von derzeit gut 70.000 ha auf rd. 130.000 ha erweitern darf und sich damit künftig weitgehend mit dem Naturpark Bayerische Rhön decken wird.

Dr. Doris Pokorny
Eva-Maria Löffler

Das UNESCO-Biosphärenreservat Rhön in Zahlen:	
Fläche	Länderübergreifend (Anteile in Bayern, Hessen und Thüringen): 186.543 ha (erweitert: 243.323 ha),
davon	Bayerischer Teil: 71.472 ha (erweitert: 129.585ha), davon: • Kernzonen: 4% (erweitert: 3%) • Pflegezonen: 30% (erweitert: 20%) • Entwicklungszone: 66% (erweitert: 77%)
Anzahl der Gemeinden	18 (erweitert: 40)

Kontakt

Tel.: 0931/380-1665 oder 1262
E-Mail: brrhoen@reg-ufr.bayern.de

Hausarztversorgung im ländlichen Raum

Konferenz zur ambulanten medizinischen Versorgung in Unterfranken zeigt Problemstellung und Lösungsansätze auf

Der demographische Wandel stellt auch in Unterfranken eine zunehmende Herausforderung für das Gesundheitswesen dar. Infolge der zunehmenden Überalterung und der geringen Niederlassungsbereitschaft insbesondere der Allgemeinärzte im ländlichen Raum gestaltet sich dort die ambulante hausärztliche Versorgung als zunehmend schwierig. Der neue Bedarfsplan der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns, der am 1. Juli 2013 in Kraft getreten ist, soll in Zukunft als präziseres Instrument zur Aufrechterhaltung der Sicherstellung der ambulanten Gesundheitsversorgung dienen, indem er kleinräumig flexibler auf geänderte Anforderungen und Versorgungslücken reagiert.

Um das hohe Niveau der ambulanten Versorgung durch Haus- und Fachärzte auch in Zukunft aufrechtzuerhalten, sind darüber hinaus neue Ideen, Konzepte und Lösungen mit regionalem Bezug gefragt.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer begrüßte die rund 80 Teilnehmer der Versorgungskonferenz.

Vor diesem Hintergrund lud die Regierung von Unterfranken am 31.07.2013 zur „Konferenz zur ambulanten medizinischen Versorgung in Unterfranken“ in den Großen Sitzungssaal der Regierung ein. Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer konnte im Rahmen dieser Veranstaltung rund 80 Vertreter der unterfränkischen Ärzteschaft, der Kliniken, der Kassenärztlichen Vereinigung und der Krankenkassen, der Gesundheitsverwaltungen, sowie der unterfränkischen Kommunen und Regionalinitiativen begrüßen. Dr. Beinhofer erläuterte die Probleme, die zur mangelhaften ambulanten und hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum geführt haben. Gleichzeitig präsentierte er Lösungsansätze für dieses Problem, wie etwa die Planung eines Lehrstuhls für Allgemeinmedizin an der Universität Würzburg und Förderprogramme des bayerischen Gesundheitsministeriums, die die Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum finanziell unterstützen.

Anschließend referierten sieben Experten unterschiedlicher Institutionen über besondere Problemstellungen der ambulanten ärztlichen Versorgung in Unterfranken.

Ministerialdirigentin Gabriele Hörl vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit zeigte die Maßnahmen der bayerischen Staatsregierung auf. Die hausärztliche und fachärztliche Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns wurde durch hochrangige Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung im Detail erläutert. Die Zuhörer erhielten weiterhin Einblicke sowohl in die ambulante ärztliche Versorgung aus Sicht der Krankenkassen als auch in Lösungsansätze zur Weiterentwicklung der ambulanten-medizinischen Versorgung aus Sicht eines unterfränkischen Krankenhauses.

Die aktive Auseinandersetzung kleinerer Gemeinden mit der hausärztlichen Versorgungsproblematik schilderte Gudrun Heinrich, Zweite Bürgermeisterin von Mespelbrunn, aus Sicht Ihrer kleineren Spessart-Gemeinde.

Nach den verschiedenen Vorträgen bestand für die Veranstaltungsteilnehmer im Rahmen eines Empfangs Gelegenheit zur Diskussion und zum informellen Gedankenaustausch.

Insgesamt beleuchtete die gelungene Veranstaltung eindringlich das Thema der ambulanten (haus)ärztlichen Versorgung aus verschiedenen Blickwinkeln. Trotz aller bisheriger Lösungsansätze wird sich die Problematik in den nächsten zehn Jahren weiter verschärfen und nicht nur die die Akteure des Gesundheitswesens, sondern auch zunehmend Politik und Verwaltung beschäftigen.

Dr. Rainer Schuà

Die Dokumentation (Reden, Fachvorträge) zur Regionalen Versorgungskonferenz am 31. Juli 2013 finden Interessierte im Internet auf den Seiten der Regierung von Unterfranken www.regierung.unterfranken.bayern.de unter der Rubrik „Gesundheit und Verbraucherschutz“ bzw. direkt erreichbar über die Startseite unter „Aktuelle Themen“.

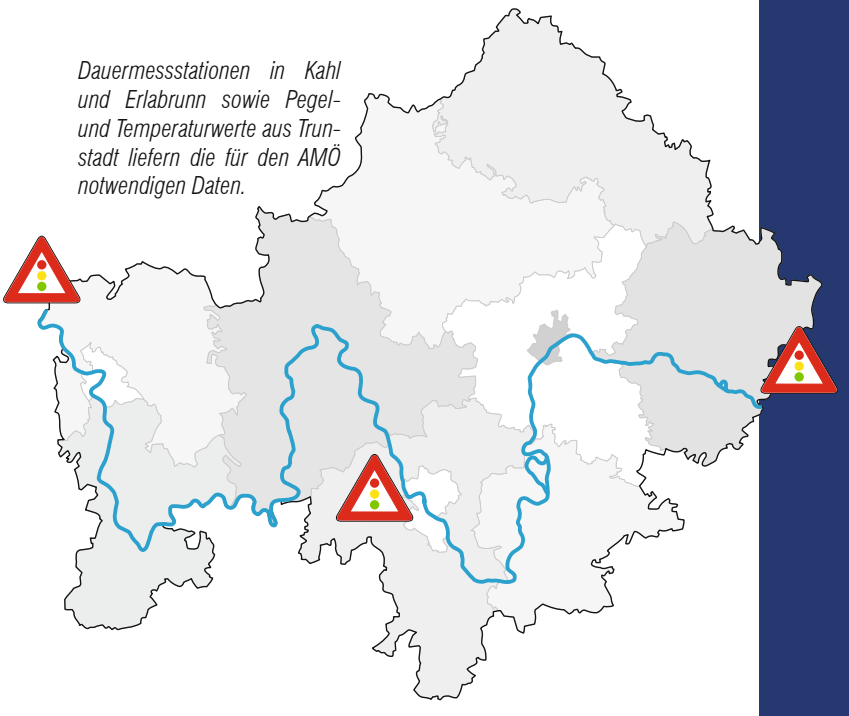
Kontakt

Tel.: 0931/380-1177
E-Mail: umwelt@reg-ufr.bayern.de

Alarmplan Main

Wenn´s dem Main zu heiß wird: Regierung von Unterfranken erlässt gewässerökologisch ausgerichteten Alarmplan

Warme Sommer und geringe Niederschläge zeichnen Unterfranken aus. Jedoch kann eine anhaltende Schönwetterperiode durchaus Schattenseiten haben. Zwar ist die Wasserqualität des Mains in den letzten Jahrzehnten deutlich besser geworden, dennoch können lang andauernde, heiße Trockenzeiten für den Main und seine Tier- und Pflanzenwelt kritisch werden. Ursachen sind steigende Wassertemperaturen und geringe Sauerstoffgehalte, die beispielsweise zu Fischsterben führen können.
Der Ende 2012 eingeführte „Alarmplan für den bayerischen staugeregelten Main – Gewässerökologie“ (AMÖ) ist daher ganz bewusst auf wetterbedingte Extremsituationen ausgerichtet. Er bildet ein Instrument, um rechtzeitig vor kritischen ökologischen Zuständen im Main zu warnen und notwendige Maßnahmen zu ergreifen. Unfälle und Havarien mit wassergefährdenden Stoffen spielen hier keine Rolle.



Dauermessstationen in Kahl und Erlabrunn sowie Pegel- und Temperaturwerte aus Trunstadt liefern die für den AMÖ notwendigen Daten.

Der Alarmplan Main unterscheidet dabei drei Meldestufen:

- Eine interne „Vorwarnung“, bei der gewässerökologisch kritische Verhältnisse erwartet werden. Die Wasserwirtschaftsämter Bad Kissingen und Aschaffenburg führen chemische und biologische Kontrollen durch, um die Situation entlang des Mains zu bewerten. Diese Vorwarnung stellt einen wichtigen zeitlichen Puffer dar, um rechtzeitig auf sich verschärfende Bedingungen reagieren zu können.
- Ein Warnstadium, bei dem gewässerökologisch kritische Verhältnisse vorliegen. Die Regierung informiert Landratsämter und kreisfreie Städte, die Landratsämter unterrichten ihrerseits die Kommunen über die kritischen Verhältnisse im Main. Arbeiten am Gewässer, die zu Belastungen führen, wie beispielsweise Schlammbaggerungen, sind dann einzustellen. Die kommunalen und industriellen Direkteinleiter müssen ihre Einleitungen auf das unbedingt notwendige Mindestmaß reduzieren. Eine Belüftung über die Turbinen in Kleinostheim wird eingeschaltet.
- Ein Alarmstadium, bei dem deutliche Beeinträchtigungen der Tierwelt bis hin zu Fischsterben eintreten können. Es müssen neben einer fortschreitenden Information der maßgebenden Stellen auch Betriebseinschränkungen in Betracht gezogen werden. Die Wasserwirtschaftsämter beraten Kommunen und Betriebe, wie sie ihre Abwasser- oder Wärmebelastung reduzieren können.

Mitarbeiter der Wasserwirtschaftsämter Bad Kissingen und Aschaffenburg bringen Auswuchskäfige im Main aus. Anhand der Besiedlung mit wirbellosen Kleinlebewesen lassen sich kritische Veränderungen der Wasserqualität erfassen.

Eine klare Auflistung der Meldewege verbunden mit einer Zusammenstellung der notwendigen Adressen und Ansprechpartner ermöglicht ein koordiniertes Handeln.

Im Jahr 2013 kam der AMÖ erstmals zum Einsatz: Der Juli war der viertwärmste seit 1880. Auch regnete es relativ wenig. Die lang anhaltende Hitzewelle besonders in der zweiten Monatshälfte ließ die Wassertemperatur des Mains bis auf 26 °C steigen. Die interne Vorwarnung wurde am 24.7. ausgesprochen. Weitere Maßnahmen waren allerdings nicht notwendig, da sich die Lage erfreulicherweise durch einsetzenden Regen und eine Abkühlung entspannte. Nach einem erneuten Temperaturanstieg Anfang August konnte letztlich das Vorwarnstadium am 12.8. aufgehoben werden.

Dr. Martin Mörtl

Kontakt
Tel.: 0931/380-1368
E-Mail: umwelt@reg-ufr.bayern.de

„Wasser erleben – Nachhaltigkeit lernen“

Das Bildungsangebot der AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ

Fotos: Stefan Werner

„Wasser und Bildung sind die Grundlagen des Lebens.“ Unter diesem Motto stellte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer beim Wasserforum Unterfranken am 2.10.2013 in Schweinfurt die Bildungsangebote der AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ vor:

Angebote für Kindertageseinrichtungen

- Die **Schatzkiste Wasser** mit zahlreichen Anregungen, Experimenten und Bastelanleitungen zum Thema Wasser wird bereits seit mehren Jahren kostenlos an Kindertageseinrichtungen in Unterfranken verliehen.
- Ein neues Angebot ist die **Jahreszeitenkiste** zum Thema regionale und saisonale Obst- und Gemüsesorten, die seit Ende Februar 2014 gegen eine geringe Schutzgebühr erhältlich ist.
- Seit Anfang 2014 begleitet die AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ mit dem Projekt „**Wasser-Kita Unterfranken**“ zudem interessierte Kindertageseinrichtungen mit Fortbildungs- und Coaching-Angeboten auf dem Weg zu Modelleinrichtungen für Bildung für Nachhaltigkeit.

Angebote für Schulen

- Bereits seit 2004 gibt es die **Wasserschule Unterfranken** mit verschiedenen kostenlosen Unterrichtsmaterialien für den Grundschulbereich. Zentrales Element der so genannten „Mobilen Wasserschule“ ist die Lehrerhandreichung „Wasserschule Unterfranken“, die an alle Grund- und Förderschulen in Unterfranken verteilt wurde.
- In den **Schullandheimen Bauersberg und Hobbach** gibt es bereits seit einigen Jahren „Stationäre Wasserschulen“, in denen Schulklassen einzelne Wassermodule wie beispielsweise Bachuntersuchungen durchführen, aber auch ganze „Wasserwochen“ buchen können.
- Ganz neu ist das Internetangebot für Realschulen und Gymnasien, das im Frühjahr 2014 unter dem Titel „**Wasserschule für die Sekundarstufe**“ ans Netz gehen wird.

Die AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ – Trinkwasser für Unterfranken ist eine Initiative der Regierung von Unterfranken, die bereits seit 2001 läuft. Hintergrund der Aktion ist die sensible Wassersituation in Unterfranken: Relativ geringe Niederschläge und ein Untergrund aus klüftigem Festgestein führen zu geringen Grundwasservorräten, dünne Bodenauflagen lassen unerwünschte Stoffe leicht in das Grundwasser gelangen. Da unser Trinkwasser in Unterfranken wie auch im übrigen Bayern fast ausschließlich aus dem Grundwasser gewonnen wird, stellen sich bei der Versorgung mit sauberem Trinkwasser besondere Herausforderungen.
Die AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ setzt sich durch allgemeine Öffentlichkeitsarbeit, durch die hier vorgestellten Bildungsangebote und durch konkrete Projekte vorwiegend mit der Landwirtschaft für den Schutz des Grundwassers in Unterfranken ein.
Weitere Informationen über die Aktivitäten der Regierung von Unterfranken im Rahmen ihrer „AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ – Trinkwasser für Unterfranken“ können im Internet unter www.aktiongrundwasserschutz.de abgerufen werden.

Weitere Angebote für verschiedene Altersklassen

- In der Testphase befindet sich zurzeit die „**Wasserschule auf Bauernhöfen**“ – Module zum Thema Wasser und Landwirtschaft, die auf Erlebnisbauernhöfen in Unterfranken für Schulklassen und andere Gruppen zum Einsatz kommen sollen.
- Für alle Altersklassen von der Grundschule bis zu Erwachsenen gedacht ist die **interaktive Wanderausstellung** „**Trinkwasser für Unterfranken**“, die 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde und kostenlos von Schulen, Gemeinden und anderen Organisationen ausgeliehen werden kann.
- Ein neues Angebot für Jugendgruppen und ihre Leiter beinhaltet die Handreichung „**Erlebnis Wasser**“ mit Spielen, Experimenten, kreativen Anregungen und der Anleitung für eine Bachuntersuchung inklusive einer ausleihbaren Wasserkiste.

Dr. Anne-Kathrin Jackel
Christian Guschker

Kontakt

Tel.: 0931/380-1372 oder 1365
E-Mail: wasser@reg-ufr.bayern.de

Nachhaltigkeit lernen
Weltdekade der Vereinten Nationen 2005-2014
Bildung für nachhaltige Entwicklung
UNESCO
Offizielles Projekt der Weltdekade 2013 / 2014

Kompetenzzentrum Chemikalienhandel im Internet

Internet ist kein rechtsfreier Raum für Chemikalienhandel

Bayerische Gewerbeaufsicht

Der Internethandel mit Produkten aller Art nimmt unverändert zu. Auch Chemikalien werden häufig online erworben, obwohl dies in vielen Fällen nicht zulässig ist. Grundsätzlich ist der elektronische Handel mit giftigen bzw. krebserregenden Stoffen sowie Produkten wie Pestiziden, Desinfektionsmitteln und asbesthaltigen Erzeugnissen verboten oder nur eingeschränkt und unter strengen Auflagen möglich. Gleiches gilt für eine Vielzahl weiterer Stoffe mit gefährlichen Eigenschaften.

Das Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Unterfranken stellt sich der Herausforderung „eCommerce“. Anfang 2013 wurde das Aufgabengebiet der Würzburger Behörde um die Überprüfung des Chemikalienhandels im Internet erweitert. Hierzu hat man ein eigenes Kompetenzzentrum geschaffen. Dies war erforderlich, um die Vielzahl von Chemikalienangeboten im Netz mit eigenen Strategien effizient unter die Lupe zu nehmen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der neuen Einheit führen die Überprüfung des Internethandels auf verbotene Chemikalien nicht nur für die Bayerische Gewerbeaufsicht, sondern auch für die Marktaufsichtsstellen anderer Bundesländer durch.

Seit dem Start der Kontrollen haben die Spezialisten des Kompetenzzentrums schon mehrere hundert Verstöße aufgedeckt. So fanden Sie im Netz unter anderem Katalytöfen mit asbesthaltigen Bauteilen aus ehemaliger DDR-Herstellung, diverse Lackspraydosen sowie Bauschäume – alles Artikel, die krebserzeugenden Eigenschaften aufweisen. In diesen Fällen hat die Behörde dafür gesorgt, dass die Produkte innerhalb weniger Stunden von den Internetplattformen genommen wurden. Die verantwortlichen Anbieter, gewerbliche Händler wie auch Privatpersonen, müssen nun mit Sanktionen rechnen, da der Verkauf bestimmter Chemikalien über das Internet eine Ordnungswidrigkeit, teilweise sogar eine Straftat darstellt. Vielen Internetnutzern ist dies nicht bewusst. Andere setzen sich über die Vorschriften hinweg, ungeachtet dessen, dass es sich beim Internet nicht um einen rechtsfreien Raum handelt.

Dr. Matthias Zierhut

Marktüberwachung vom Schreibtisch aus

i

Die Themengebiete Arbeitsschutz, Produktsicherheit, Chemikaliensicherheit und Gefahrenschutz sind eng miteinander verwoben und haben eine gemeinsame technische Basis. Die Bayerische Gewerbeaufsicht vereint diese Themengebiete seit vielen Jahren in einer starken fachlichen Einheit und sorgt so für die Sicherheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Verbraucherinnen und Verbraucher in Bayern.

Kontakt
Tel.: 0931/380-1871
E-Mail: dezernat5@reg-ufr.bayern.de

Besuch aus Fernost

Chinesische Delegation informiert sich über die Aufgaben des Gewerbeaufsichtsamtes

Bayerische Gewerbeaufsicht

Eine Delegation hochrangiger Arbeitsschützer aus der chinesischen Provinz Hubei besuchte im Frühjahr 2013 das Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Unterfranken und informierte sich über dessen Aufgaben.

Regierungsvizepräsident Dr. Andreas Metschke begrüßte die Besuchsgruppe. Er drückte seine Freude darüber aus, dass die Delegation bei ihrer Europareise einen Stopp in Bayern und im Besonderen in Würzburg eingelegt hatte. Bei der anschließenden Veranstaltung unterrichtete das Gewerbeaufsichtsamt die Gäste über den deutschen Arbeitsschutz im 21. Jahrhundert. Weitere Themen waren die Marktaufsicht mit dem technischen Verbraucherschutz und die aktuellen Vorschriften der Chemikaliensicherheit REACH und GHS (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals und Global Harmonised System). Besonders aufmerksam verfolgten die Besucher die Ausführungen zum sozialen Arbeitsschutz. Vor allem die Regelungen zum Jugendarbeitsschutz und zum Mutterschutz stießen auf großes Interesse. Auch das Vorgehen der Behörde bei unsicheren Verbraucherprodukten ließ die Besucher aufhorchen. Von besonderer Bedeutung waren hier die notwendigen Produktkorrekturen von Herstellern, aber auch die in Einzelfällen erforderlichen Produktrückrufe. Das Interesse am modernen, europäischen Verbraucherschutz ist verständlich: Zum einen ist China die exportstärkste Nation der Welt („Exportweltmeister“) zum anderen ist Wuhan, die Millionenmetropole und Hauptstadt von Hubei, eines der größten Handelszentren Chinas.

Direktor Si Layuan, der Leiter der Delegation, war am Ende der Ausführungen voll des Lobes über die neu gewonnenen Erkenntnisse. Als Dankeschön überreichte er dem Gewerbeaufsichtsamt eine Kranich-Skulptur. Der Sage nach bringt das Aufstellen der Figur viel Glück und ein langes Leben. Ein Anliegen, das den Arbeitsschützern in China und Deutschland auch beruflich am Herzen liegt.

Peter Ort

Mit großem Interesse verfolgten die chinesischen Arbeitsschützer den Ausführungen ihrer Würzburger Kollegen.

i

Hubei ist eine Provinz in der Volksrepublik China mit ca. 58 Mio. Einwohnern. Bekannt ist Hubei durch seine Bauwerke, die technische Meisterleistungen darstellen. Der Drei-Schluchten-Staudamm mit dem leistungsstärksten Wasserkraftwerk der Welt staut den Jangtsekiang auf einer Länge von 600 km. Die Hauptstadt Wuhan schmückt sich mit einer Doppelstockbrücke für Schienen- und Landfahrzeuge über den Jangtsekiang, dem längsten Fluss Chinas, der stellenweise eine Breite von einem Kilometer besitzt. 1955 fertig gestellt war diese Brücke mit einer Länge von 1,6 km eines der ersten Großprojekte der Volksrepublik. Die Provinz ist auch ein wichtiger Standort der Stahl-, Eisen- und Textilindustrie

Quelle: Wikimedia Commons

Kontakt
Tel.: 0931/380-1861
E-Mail: dezernat4@reg-ufr.bayern.de

Sprengung der Sinntalbrücke

Fotos: Reinhard Kluger

Spektakuläre Sprengung – in nur vier Sekunden fiel die alte Sinntalbrücke in sich zusammen.

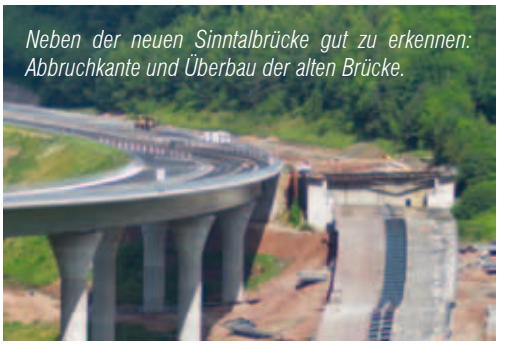
46 Jahre lang überspannte die 770 Meter lange Sinntalbrücke, eines der großen Brückenbauwerke im Verlauf der Autobahn A7, das Tal der Sinn bei Bad Brückenau. Überquerten 1967 durchschnittlich rund 7.000 Fahrzeuge täglich die Brücke, so wurden 2010 etwa 40.000 gezählt. In Folge des sehr stark angestiegenen PKW- und Schwerlastverkehrs kam es zu Materialermüdung, zunehmende Schweißnahtrisse in der Stahlkonstruktion des Überbaues machten einen Neubau notwendig.

Der gekrümmte Stahlüberbau der alten Brücke mit einer Masse von 6.450 t bestand aus einer zum großen Teil geschweißten Stahlkonstruktion. Die Masse der Pfeiler betrug 2.100 t. Der Überbau umfasste beide Fahrrichtungen und hatte mit den beidseitig angebrachten Gehwegkragarmen eine Breite von 30,5 m.

Um den Verkehr auf der A7 nicht zu behindern, wurde von 2009 bis 2013 parallel zur alten Brücke die neue Sinntalbrücke als Stahlverbundkonstruktion errichtet. Ihr Erscheinungsbild lehnt sich dem der alten Brücke an. Nach Inbetriebnahme der neuen Brücke musste die alte durch Sprengung abgerissen werden, eine besondere ingenieurtechnische Herausforderung, da noch nie zuvor ein Brückenbauwerk dieser Größe mit einer Sprengung zum Einsturz gebracht wurde. Da der minimale Abstand beider Bauwerke nur vier Meter betrug, musste sichergestellt werden, dass die neue Brücke durch die Sprengung und die mit dem Aufprall verbundenen Erschütterungen keinen Schaden erleidet. Außerdem galt es die unter der Brücke liegenden Objekte wie Staats- und Gemeindestraßen, eine Fahrstraßenbrücke, Gasleitungen, Telekomkabel, Gewässer sowie eine 20 kV - Elektrofreileitung zu schützen. Um die Erschütterungen zu minimieren wurde im Aufprallbereich ein Fallbett aus Erdreich aufgeschüttet. Zur Lastverteilung mussten noch Stahlplatten aufgelegt werden, wofür die vom Brückenüberbau abgetrennten seitlichen Kragarme verwendet werden konnten.

Das Sprengkonzept basierte auf der Zerstörung aller 14 Pfeiler mittels einer zweiteiligen Sprengfaltung in Brückenlängsrichtung, um den Brückenüberbau senkrecht nach unten abstürzen zu lassen. Die Knick- und Kipprichtung der Pfeiler wurde von der neuen Brücke fortgerichtet berechnet.

Die 14 Stahlbetonpfeiler erhielten sogenannte Sprengmäuler jeweils am Fußpunkt und in Pfeilermitte, wobei das untere Sprengmaul in Fallrichtung geöffnet war. In die 28 Sprengmäuler mussten 2.800 Löcher gebohrt werden, die mit insgesamt 190 kg Sprengstoff beladen wurden. Anschließend wurden die Sprengmäuler sorgfältig mit Matten und Maschendraht abgedeckt, um Sprengstreuflug sicher zu verhindern. Die Zündung der Sprengladungen erfolgte zeitverzögert mit einem nichtelektrischen Zündverfahren, beginnend am mittleren Stützenpaar und von dort schrittweise weiter zu den äußeren Stützenpaaren. Der Sprengkreis, das heißt der



Neben der neuen Sinntalbrücke gut zu erkennen: Abbruchkante und Überbau der alten Brücke.

Sicherheitsabstand, in dem sich keine Personen aufhalten durften, hatte einen Radius von 300 m. Der Absperrbereich wurde durch einen Großeinsatz von Polizei, Autobahnpolizei, Feuerwehr und Bergwacht gesichert. Das Rote Kreuz war zudem für die sanitätsdienstliche Absicherung mit einem Großaufgebot vor Ort. Am Samstag, den 22. Juni 2013 Punkt 10 Uhr gab der Sprengmeister das Kommando „Drei, zwei, eins – Zündung!“, es gab einen gewaltigen Knall und einige Sekunden später lag die alte Sinntalbrücke am Boden. Nachdem sich die riesige Staubwolke verzogen hatte, konnte man die erfolgreiche Sprengung begutachten. Alles hatte so geklappt, wie zuvor geplant und berechnet.

Resümee: Erfolgreiche Sprengung, keine Unfälle, keine Verletzten, kein Verkehrschaos – das Sicherheitskonzept ging voll auf.

Die unterfränkische Gewerbeaufsicht begleitete und überwachte das gesamte Projekt beratend – von der ersten Machbarkeitsstudie, der anschließenden Planung bis zur Sprengung.

Andreas Hänig

Kontakt
Tel.: 0931/380-1831
E-Mail: dezernat2@reg-ufr.bayern.de

Bayerische Gewerbeaufsicht

Psychische Belastungen in der Arbeitswelt nehmen zu

Gewerbeaufsichtsämter an den Regierungen in Bayern steuern dagegen

In der Arbeitswelt spielen psychische Belastungen eine immer größere Rolle.

Unter anderem führen geänderte Rahmenbedingungen wie

- Globalisierung
- Neue Technologien
- Informationsflut
- Vermehrter Zeitdruck
- Zunahme der Arbeitsmenge

zu Fehlbelastungen und somit zu Befindlichkeitsstörungen bis hin zu psychosomatischen Erkrankungen.

Die Anzahl der Arbeitnehmer, die auf Grund psychischer Erkrankungen arbeitsunfähig sind, nimmt seit Jahren stetig zu, ebenso die Anzahl derer, die deshalb vorzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden.

Der Gesetzgeber hat – um den genannten Trend entgegenzuwirken – gesetzlich verankert, dass die Arbeitgeber im Rahmen einer Gefährdungsbeurteilung nicht nur die konventionellen Arbeitsbelastungen, sondern auch die Gefährdung der Mitarbeiter durch psychische Belastungen zu erfassen haben, um entsprechende Gegenmaßnahmen in die Wege leiten zu können.

Um den gesetzlichen Anforderungen Nachdruck zu verleihen, wurde durch den Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (LASI) beschlossen, die Umsetzung dieser gesetzlichen Arbeitgeberpflicht durch die Aufsichtsbehörden der Länder überprüfen zu lassen und gegebenenfalls Beratung hierzu anzubieten.

Der Freistaat Bayern hat hierbei in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ein aus 3 Bausteinen bestehendes Konzept erarbeitet, um die Mitarbeiter der Gewerbeaufsichtsämter auf die anstehenden Herausforderungen bestmöglich vorzubereiten. Zuerst wurden in allen Gewerbeaufsichtsämtern jeweils zwei sogenannte Multiplikatoren geschult, die dann die verbleibenden technischen und gewerbeärztlichen Beamten „ausgebildet“ haben. Nachdem der 1. Baustein bereits abgeschlossen ist, befinden sich die Gewerbeaufsichtsämter Bayerns derzeit in der „Praxisphase“.

Seit dem 1.7.2013 werden die Betriebe in Bayern an Hand speziell vorbereiteter Fragebögen hinsichtlich der gesetzlichen Vorgaben zur Erstellung der Gefährdungsbeurteilung überprüft und zwar unabhängig von Betriebsgröße oder Branche.

Da die Auswertung der gesammelten Daten erst im nächsten Jahr beginnen wird, ist es im Augenblick zu früh, eine abschließende Stellungnahme abzugeben.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann jedoch bereits festgestellt werden, dass sich zwar tendenziell eher Großunternehmen des Themas der psychischen Belastungen im Betrieb angenommen haben, gleichzeitig aber auch in kleineren Betrieben die Bereitschaft wächst, sich mit diesem komplexen Thema auseinanderzusetzen.

Auch bei der Regierung von Unterfranken nimmt man diese Problematik ernst. Im Jahr 2013 erfolgte diesbezüglich eine Mitarbeiterbefragung zu psychosozialen Belastungen, die in enger Zusammenarbeit mit der Freiburger Forschungsstelle für Arbeits- und Sozialmedizin (FFAS) und unter Zuhilfenahme einer Referenzdatenbank zu psychosozialen Faktoren bei der Arbeit, dem sogenannten COPSOQ-Bogen, durchgeführt wurde. Die Ergebnisse befinden sich in der Umsetzungsphase.

Dr. Thomas Lorenz

Kontakt
Tel.: 0931/380-1883
E-Mail: dezernat6@reg-ufr.bayern.de

Bayerische Gewerbeaufsicht

Qualität hat Priorität

Bayerische Gewerbeaufsicht führt ein Qualitätsmanagementsystem im Bereich der Marktüberwachung ein

Öffentlichkeitswirksame Skandale im Gesundheitswesen (hygienische Missstände in einigen Krankenhäusern, Inverkehrbringen von gesundheitsgefährdenden Brustimplantaten) haben dazu geführt, dass die Bundesregierung eine Verbesserung der Sicherheit von Medizinprodukten in diesem Bereich anstrebt. Zudem stellt die stetige Weiterentwicklung der europäischen Vorschriften zur Marktüberwachung zunehmend höhere Anforderungen an die Qualität der behördlichen Überwachungstätigkeit. Aus diesen Gründen wurde im Mai 2012 eine Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Medizinproduktegesetz erlassen, die detaillierte Anforderungen enthält, wie die zuständigen Behörden die Überwachung der medizinprodukterechtlichen Vorschriften zu organisieren und durchzuführen haben. In diesem Zusammenhang wird von den Behörden – und dies ist ein Novum – ausdrücklich gefordert, ein System zur Qualitätssicherung anzuwenden.

Die Überwachung von Medizinprodukten stellt jedoch nur einen Teil des Aufgabenspektrums der Bayerischen Gewerbeaufsicht im Bereich Marktüberwachung dar. Die beiden anderen Felder „Technischer Verbraucherschutz/ Energieeffizienz“ und „Chemikaliensicherheit“ stehen grundsätzlich vor den gleichen Herausforderungen. Aus Effizienzgründen wurde daher im Rahmen der Zielfestlegungen für die Bayerische Gewerbeaufsicht die Einführung eines umfassenden Qualitätsmanagementsystems (QM-Systems) für den gesamten Aufgabenbereich der Marktüberwachung innerhalb der Gewerbeaufsicht beschlossen.

Regelkreis eines Managementsystems (sog. PDCA-Zyklus)
Quelle: Broschüre „Aktuelle normierte Managementsysteme – Ein Überblick für kleine und mittlere Unternehmen“, Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (2011)

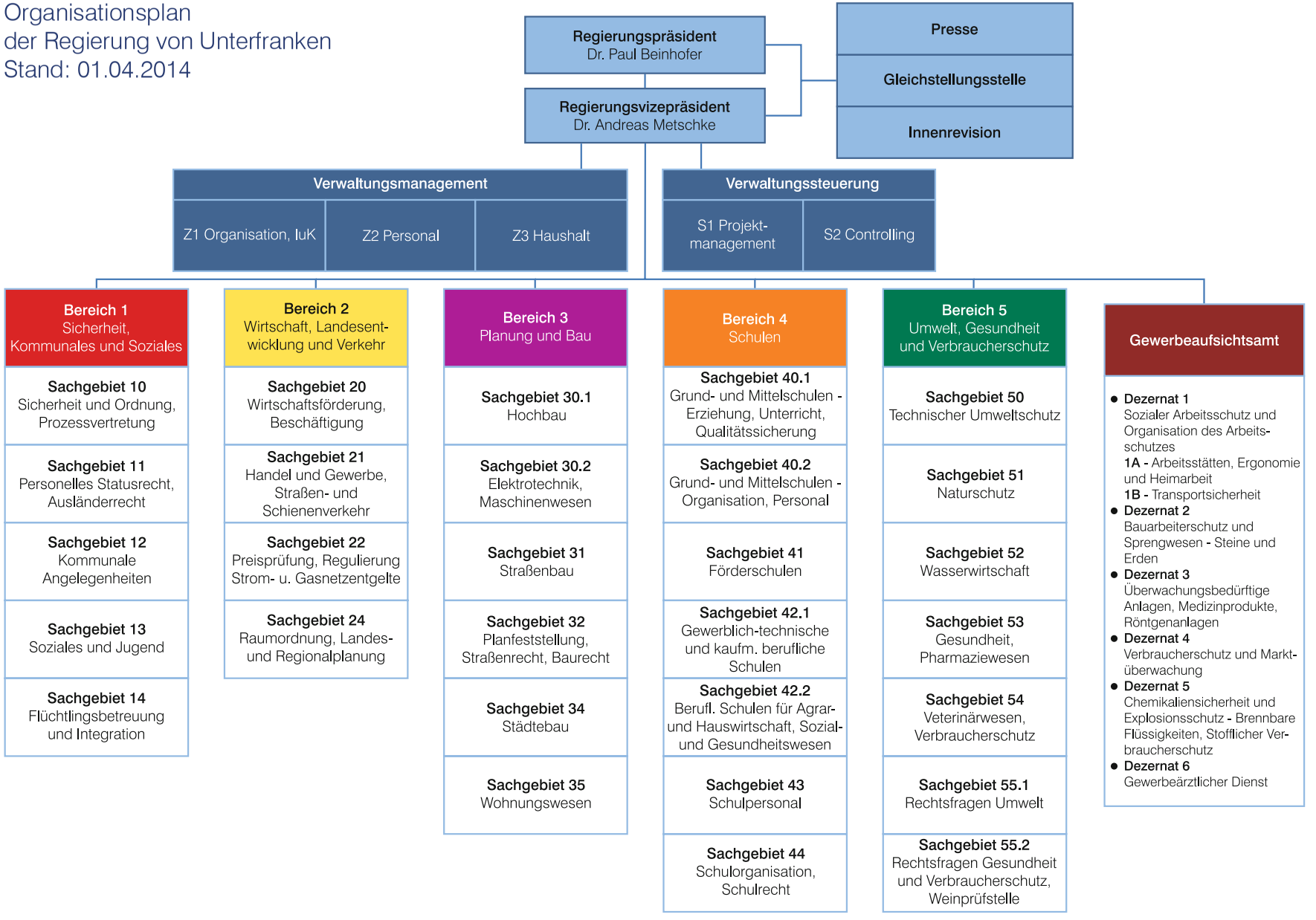
Ein funktionierendes QM-System bildet die Grundlage für definierte Prozesse (Verwaltungsabläufe) und damit für reproduzierbare Ergebnisse, es führt zu einer Erhöhung der Rechtssicherheit, erleichtert die Übernahme neuer Tätigkeiten z. B. im Vertretungsfall und kann auch eine Steigerung der Effizienz bewirken. Die Einführung eines QM-Systems macht eine systematische Auseinandersetzung mit den Verfahrensabläufen erforderlich und setzt spezielle methodische Kenntnisse voraus. Aus diesem Grund wurde mit der TÜV Rheinland Consulting GmbH ein hierauf spezialisierter Dienstleister hinzugezogen. Die externen Berater arbeiten hierbei eng mit einer Projektgruppe aus Gewerbeaufsichtsbeamten zusammen. Das Projekt startete im Juni 2013, soll über mehrere Stufen zum Aufbau des Systems und dessen Anwendung führen und Anfang 2015 abgeschlossen werden.

Jörg Werner

Normen für das QM-System der Marktüberwachung

Kontakt
Tel.: 0931/380-1876
E-Mail: dezernat5@reg-ufr.bayern.de

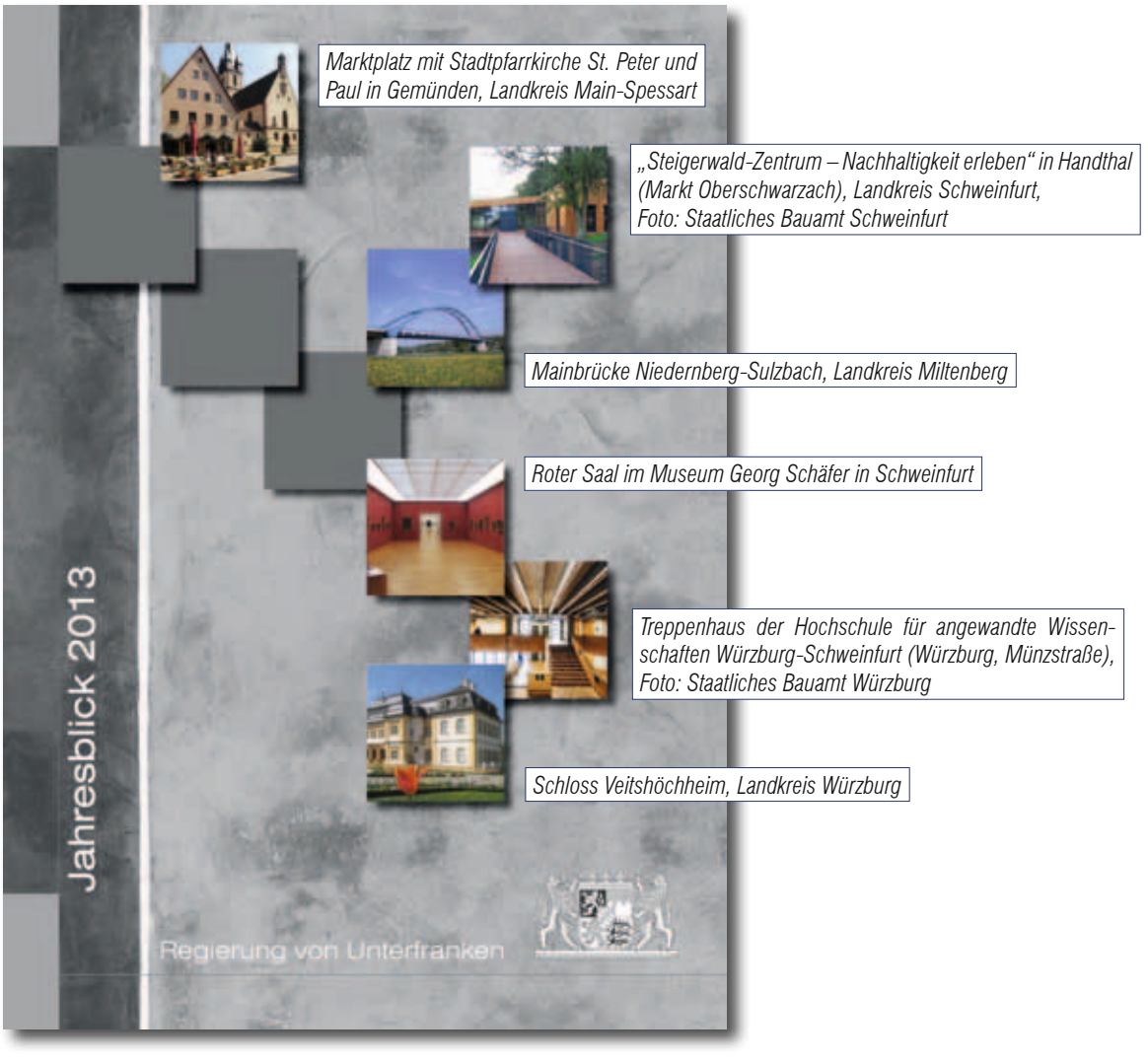
Organisationsplan der Regierung von Unterfranken Stand: 01.04.2014



Impressum

Herausgeber:	Regierung von Unterfranken Peterplatz 9 97070 Würzburg
Telefon:	0931/380-00
Fax:	0931/380-2222
E-Mail:	poststelle@reg-ufr.bayern.de
Internet:	http://www.regierung.unterfranken.bayern.de
Redaktion:	Johannes Hardenacke , Christoph Spall Pressestelle
Satz und Layout:	Günther Wendorff, IuK-Bereich
Bilder:	Regierung von Unterfranken, soweit nicht anders vermerkt
Druck:	flyeralarm GmbH, Greußenheim

© Regierung von Unterfranken, alle Rechte vorbehalten



Marktplatz mit Stadtpfarrkirche St. Peter und Paul in Gemünden, Landkreis Main-Spessart

„Steigerwald-Zentrum – Nachhaltigkeit erleben“ in Handthal (Markt Oberschwarzach), Landkreis Schweinfurt, Foto: Staatliches Bauamt Schweinfurt

Mainbrücke Niedernberg-Sulzbach, Landkreis Miltenberg

Roter Saal im Museum Georg Schäfer in Schweinfurt

Treppenhaus der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt (Würzburg, Münzstraße), Foto: Staatliches Bauamt Würzburg

Schloss Veitshöchheim, Landkreis Würzburg

Bad Neustadt
Bad Kissingen
Haßfurt
Schweinfurt
Karlstadt
Würzburg
Kitzingen
Miltenberg